

Dokumentation zur Tagung
Israelisch-Palästinensischer Dialog
Perspektiven für die Zukunft
4. Juni 1988

Leitung/Organisation: Alisa Fuss (Internationale Liga für Menschenrechte)
Veranstalter: Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz

**BEITRÄGE VON
(IN DER REIHENFOLGE DER BEITRÄGE):**

Uri Avnery, Tel Aviv, Publizist und Herausgeber von Haolam Hazeh, ehemaliger Knesset-Abgeordneter, Gründungsmitglied (1975) des Israelischen Rates für Israelisch-Palästinensischen Frieden und Stellvertretender Vorsitzender der Progressiven Friedensliste

Musa Budeiri, Jerusalem, Dozent für palästinensische Geschichte des 20. Jahrhunderts in Bir Zeit (Ramallah)

Yael Lotan, Tel Aviv, Publizistin (v.a. bei Al Ha'Mishmar), Mitglied des Israelisch-Palästinensischen Schriftsteller- und Künstler-Komitees, angeklagt wegen eines Treffens mit PLO-Vertretern in Rumänien

taz 2.7.88, SZ 1.7.88, Spendenaufruf: „Für Friedenstreffen mit PLO verknackt“

Daud Kuttab, Jerusalem, freier Journalist (Middle East International, Al Fajr)

„Militärzensur“, E. Carlebach aus Volkszeitung 24.6.88/Spendenaufruf

Hanan Mikhail Ashravi, Ramallah, Dozentin für englische Literatur, Literaturkritikerin, arbeitet in Bir Zeit.

Suha Mani, Nablus, Dozentin für Soziologie, Mitarbeiterin im Kinderhilfswerk „Dar-at Tifl al-Arabi“

Spendenaufruf für Union of Women's Work Committees

Rayna Moss, Tel Aviv, Journalistin, aktiv in arabisch-jüdischer Frauenarbeit und im Komitee „Nieder mit der Besatzung“

Lea Tsemel, Jerusalem, Rechtsanwältin, hat in zahlreichen Gerichtsverfahren Palästinenser vertreten.

*„Die palästinensischen Gefangenen im Lager des langsamen Todes Ansar III/Negev“ aus:
Palästina Bulletin 5/88/Spendenaufruf*

Natan Zach Haifa, Dichter und Dozent an der Fakultät für hebräische Literatur in Haifa

Symbolischer Friedensvertrag des Komitees Israelischer und Palästinensischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker für Frieden

„Demonstration für Internierte“, taz vom 4.7.88

(Photo?)

Einleitung

Die Veranstaltung „Israelisch-Palästinensischer Dialog“ liegt mehr als einen Monat zurück. Während dieser Zeit haben sich die Ereignisse weiterhin verschärft. Die Nachrichten der letzten Wochen, seien es Berichte über die Haftbedingungen der „Hanitzotz“-Journalisten, die Hilferufe der Gefangenen aus dem Lager „Ansar III“, die Nachricht über das festgesetzte Strafmaß für die vier Israelis, die in Rumänien mit PLO-Vertretern zusammengetroffen waren, haben uns aufgerüttelt.

Wir haben uns dazu entschlossen, die Reden, die auf der Veranstaltung gehalten wurden, zu übersetzen, da wir denken, daß das Gesagte nicht an Aktualität verloren hat und eine Auseinandersetzung über den Dialog weiterhin stattfinden muß’.

Die Veranstaltung hat gezeigt, wie verschieden der Dialog zwischen Israelis und Palästinensern in sich selbst und in seinen Auswirkungen eingeschätzt wird. Auch die kritischen Argumente gegen den Dialog in seinen verschiedenen Formen müssen Beachtung finden. Sie finden sich in der Realität in Israel und in den besetzten Gebieten wieder und haben ihre Bedeutung.

Vielleicht geben die unterschiedlichen Einschätzungen und Sichtweisen Anlaß dazu, in den vielen Gruppen hierzulande, die sich mit dem Konflikt beschäftigen weiter darüber zu diskutieren.

Wir alle wurden von den Rednern und Rednerinnen dazu aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten. Wir haben in Berlin neun Persönlichkeiten erlebt, die große Risiken und Konsequenzen zu tragen haben für ihr Reden und Tun in Israel und in den besetzten Gebieten. Es reicht nicht aus, diese Leute zu beklatschen, zu diskutieren und vorsichtige Überlegungen anzustellen. Es liegt an uns, die Aufforderungen ernst zu nehmen, unsere Kritik an der israelischen Politik öffentlich zu äußern und all unsere Möglichkeiten auszuschöpfen, die Opposition in Israel und die Volkserhebung zu stärken.

Alisa Fuss
Helmut Adamaschek
Kirsten Maas

URI AVNERY

Ich habe gerade in den Nachrichten gehört, daß gestern ein weiterer Palästinenser bei einer Demonstration erschossen worden ist. Das ist ungefähr das 208. oder 209. Opfer laut israelischen Angaben, das 267. oder 268. laut palästinensischen. In diesem Augenblick dauert der palästinensische Aufstand in den besetzten Gebieten an, und in diesem netten, ruhigen Saal ist es sehr schwer sich vorzustellen, was heute in den besetzten Gebieten passiert.

Die Frage eines Dialogs zwischen Israelis und Palästinensern oder zwischen dem israelischen Staat und dem palästinensischen Volk stellt sich nicht im Hinblick auf das Ob, sondern auf die Art des Dialogs. Ein Dialog findet heute tagtäglich statt: zwischen Steinen und Maschinengewehren – das ist auch ein Dialog. Massen junger Israelis, Soldaten, Reservisten, treffen sich – wenn man das so sagen kann – in den besetzten Gebieten mit Massen palästinensischer Jugendlicher und palästinensischer Bevölkerung überhaupt, und da findet eine Art Dialog statt. Das ist nicht der Dialog, den wir wollen. Ein Dialog findet statt – und anders kann es gar nicht sein –, weil zwei Völker in diesem kleinen Land leben, das wir auf Hebräisch „Eretz Israel“, Land Israels, nennen und unsere arabischen Freunde auf Arabisch „Falistin“, Palästina. Ein kleines Land mit zwei Völkern, zwei nationalen Bewegungen, von denen jede das Land für sich beansprucht.

Wie so ein außergewöhnlicher Zustand überhaupt hat entstehen können, ist eine Frage, mit der wir uns viele Stunden lang beschäftigen könnten und in der unsere palästinensischen Freunde und wir uns wahrscheinlich nie einigen können. Denn aus israelischer, zionistischer Sicht sieht der Vorgang ganz anders aus als aus palästinensischer Sicht. Um es ganz kurz und sehr grob auszudrücken: Für die Palästinenser ist Israel ein Räuberstaat, ein Staat von Abenteurern, die aus der ganzen Welt nach Palästina eingewandert sind und dem palästinensischen Volk das Land weggenommen und es vertrieben haben. Für Israelis ist dasselbe Land das Land unserer nationalen Bestrebungen, unserer nationalen Kultur, ein Land, in dem wir versucht haben, friedlich unsere Selbständigkeit wiederzuerlangen, doch von den Arabern oder Palästinensern überfallen wurden, die uns ins Meer werfen wollen.

Zwei Auffassungen, die miteinander im Konflikt stehen. Es ist nicht nur ein Konflikt zwischen einer Besatzungsmacht und einem besetzten Volk – das wäre viel einfacher. Es ist der Zusammenprall von zwei großen historischen Bewegungen, ein Zusammenprall zweier Völker. Man könnte vielleicht auch sagen, ein Zusammenprall von zwei Traumata, von zwei Vorstellungswelten.

Tatsache ist, daß sich die beiden Völker im Grunde gegenseitig jedes Recht bestreiten. Für viele Palästinenser ist es auch heute noch schwer, Israel als einen zu Recht bestehenden Staat anzuerkennen, ganz egal in welchen Grenzen, und für sehr viele Israelis ist es beinahe unmöglich, auch nur das Wort Palästinenser auszusprechen. In einer solchen Situation eine Lösung zu suchen – ist dafür ein Dialog notwendig, nützlich, ist er überhaupt möglich?

Die Frage ist, was man sich unter „Dialog“ vorstellt.

Eine gängige Vorstellung ist, daß eine Lösung erreichbar ist, wenn sich verfeindete Menschen zusammensetzen, um vernünftig miteinander zu reden. In bezug auf Völker ist diese Vorstellung naiv. Es gab Völker, die sich gegenseitig sehr gut kannten und trotzdem jahrhundertlang miteinander gekämpft haben, wie etwa Deutschland und Frankreich. Und es gibt Bürgerkriege, die viel grausamer waren als andere Kriege (in Deutschland kann man hier an die Religionskriege erinnern, vielleicht die grausamsten Kriege, die es je gegeben hat – bis zum 2. Weltkrieg). Sich zusammenzusetzen, nur um miteinander zu reden, ist also nicht unbedingt eine Vorbedingung für Frieden, auch nicht unbedingt ein Weg, der zum Frieden führt. Die Frage ist: Wer spricht mit wem wofür? Ich bin ein sehr großer – ich würde sagen: – Anbeter des Dialogs. Nicht mit jedem und nicht immer. Ich hätte keinen Dialog mit Hitler geführt, da hätte ich gedacht, daß es keinen Sinn hat. Auch mit Herrn Himmler und anderen hätte ich keinen Dialog geführt. Aber wenn wir davon ausgehen, daß hier zwei vernünftige Völker miteinander im Krieg stehen, daß es ein praktisches Problem ist, um das wir streiten, nämlich der Besitz eines Landes, und daß eine Lösung eine praktische Lösung sein muß, dann ist ein Dialog absolut notwendig.

Meiner Ansicht nach gibt es überhaupt nur eine Lösung, nämlich die Teilung Palästinas in einen jüdisch-israelischen und einen palästinensischen Staat. Ich möchte kurz sagen, was die Zwecke eines Dialogs sein müssen. Wie ich schon sagte, befinden sich jetzt wegen der ganz besonderen historischen Umstände zwei Völker im Lande, die sich gegenseitig nicht anerkennen. Die gegenseitige Anerkennung ist Grundvoraussetzung und ganz sicher Endziel einer Friedenslösung. Und wie kann man sich gegenseitig anerkennen, wenn man sich gegenseitig nicht erkennt, wenn man voneinander gar nicht weiß?

Ein durchschnittlicher Israeli – wir reden hier von Menschen, die fünf, vielleicht auch zehn Kilometer vom Aufstandsgebiet entfernt leben, in einer Entfernung wie, sagen wir, zwischen Berlin und Potsdam – hat nie mit einem Palästinenser gesprochen, hat überhaupt keine Vorstellung davon, warum dieser Aufstand ausgebrochen ist, was die Leute eigentlich wollen. Er glaubt, es handle sich um ein paar Verrückte, Radikale, aufgehetzte Elemente, die auf unsere armen Soldaten Steine werfen, und die unsere armen Soldaten erschießen müssen, was denen schrecklich leid tut. Viele, vielleicht sogar die Mehrheit der Israelis, glauben dies tatsächlich, und dies, obgleich die Geschehnisse nicht irgendwo auf der anderen Seite eines Ozeans, in Vietnam oder Algerien, stattfinden, sondern direkt vor der eigenen Haustür – manchmal sogar buchstäblich vor der eigenen Haustür, in Jerusalem zum Beispiel.

Um überhaupt zu erkennen, daß die andere Seite nicht verrückt, nicht dämonisch ist, daß es sich nicht um Gespenster handelt, sondern um wirkliche Menschen, um ein wirkliches Volk, mit normalen nationalen und menschlichen Ansprüchen – dazu ist ein Dialog nötig. Nicht nur ein Dialog zwischen Führungen und Regierungen, sondern ein Dialog zwischen den Völkern.

Der zweite Grund, weshalb wir einen Dialog brauchen, ist, daß jedes der beiden Völker eine Vorstellung davon bekommen muß, was das andere Volk will und was für ein Frieden möglich ist. Was die arabische Seite angeht, werden unsere arabischen Kollegen heute wahrscheinlich über das Nationalbewußtsein der Palästinenser sprechen. Auf unserer, der israelischen Seite besteht das Problem darin, daß die Mehrheit der Israelis, soweit ich sehe, sich nicht gegen einen Frieden sträubt, weil es den Frieden nicht will, sondern weil sie nicht glauben, daß der Frieden zu einem Frieden führen wird. Die meisten Israelis glauben – ob aus Naivität oder weil es ihnen von der Propaganda so dargestellt wird –, wenn morgen in den besetzten Gebieten, in der Westbank, Gaza und Ost-Jerusalem ein palästinensischer Staat entsteht, werde dieser Staat v.a. eine Angriffsbasis für den fortgesetzten Krieg der Palästinenser gegen Israel bis zu dessen endgültiger Vernichtung. Solange dies die Mehrheit der Israelis wirklich und ehrlich glaubt, kann es zu keinem Frieden kommen, weil es eben zu keiner Regierung kommen kann, die einem solchen Frieden zustimmen würde.

Wir brauchen einen Dialog, der die Mehrheit der Israelis davon überzeugt, daß, wenn wir morgen die besetzten Gebiete zurückgeben, und zwar nicht an irgendeinen arabischen König oder Nachbarstaat, sondern an das palästinensische Volk selbst, weshalb wir Verhandlungen mit einer Organisation führen, die die meisten Israelis für eine diabolische Terrororganisation halten, nämlich mit der PLO, der nationalen Führung des palästinensischen Volkes; wenn wir also dies tun, wenn Israel sich auf die alten Grenzen zurückzieht, so aus der Überzeugung, daß es dann zu einem echten Frieden zwischen Israel und Palästina kommt, daß der Krieg wirklich beendet ist. Um die Israelis davon zu überzeugen, brauchen wir einen Dialog. Vielleicht brauchen wir den Dialog überhaupt, damit aus dem diabolischen ein menschlicher Feind wird. Gerade ist ein Buch von mir in Deutschland erschienen: „Mein Freund, der Feind“. Zu dem Titel hat mich ein bekanntes israelisches Sprichwort angeregt: Wer gewinnt? Derjenige, dem es gelingt, einen, den er haßt, zu einem zu machen, den er liebt – also einen Feind zu einem Freund zu machen! Doch wir, die Israelis und Palästinenser, müssen erst noch eine Vorstufe überwinden. Wir müssen aus einem unmenschlichen Feind einen menschlichen machen, ihn als ein menschliches, nicht als ein diabolisches Wesen betrachten, mit dem man nicht reden kann.

Meine Freunde und ich vom israelischen Rat für israelisch-palästinensischen Frieden haben seit fünfzehn Jahren Kontakte zu PLO-Führern, auch zu Yassir Arafat. Zuerst geheim und später öffentlich. Ich würde sagen, daß dieser Dialog, ganz abgesehen von seinen politischen Folgen, den Sinn hatte, den Feind sozusagen zu vermenschlichen. Wer nämlich Arafat als Mordbuben betrachtete, als einen Mann, der nicht ruhig schlafen kann, wenn an einem Tag nicht ein paar jüdische Kinder und Frauen umgebracht worden sind, wer Arafat so betrachtet hat und eines Tages im israelischen Fernsehen Yassir Arafat zwischen einem israelischen General und einem israelischen Parlamentsabgeordneten sitzen sieht, sieht Arafat plötzlich mit anderen Augen. Dasselbe gilt für die andere Seite: Derjenige, der Arafat als den Vater seines Volks – ich glaube, fast alle Palästinenser betrachten ihn so – und die Zionisten als Teufel betrachtet hat und nun das Bild aus dem Fernsehen in einer arabischen Zeitung sieht, wird anfangen, den Feind anders zu betrachten. Und dazu, um diese Veränderung des Feindbildes zu bewirken, ist Dialog nötig. Ein sichtbarer, vernehmlicher Dialog, den man sehen und hören kann, der von den Massenmedien erfaßbar ist.

Zum Schluß möchte ich darüber sprechen, wofür der Dialog in diesem Augenblick notwendig ist. Seit einem halben Jahr jetzt gibt es den Aufstand. Als er ausbrach – und damals waren wir alle über den Ausbruch überrascht, besonders sämtliche israelischen Nachrichten- und Geheimdienste sind, wie immer!, überrascht worden –, dachte man, er würde ein paar Tage dauern, möglicherweise sogar ein paar Wochen. Daß er ein halbes Jahr dauern würde und immer noch weitergeht, schien am Anfang undenkbar. Heute muß ich sagen, wir müssen uns

darauf gefaßt machen, daß der Aufstand auch noch ein, zwei, drei Jahre weitergehen kann. Wenn die Welt-
presse, die Weltöffentlichkeit ignoriert, was heute täglich bei uns passiert, wenn die gestrige Erschießung eines
Palästinensers bloß eine Routinemeldung ist, die mit Glück am Ende der Nachrichten mit ein, zwei Sätzen er-
wähnt oder gar nicht erwähnt wird und nur in die Statistik am Monatsende eingeht, dann wird der Aufstand
wahrscheinlich noch viel länger weitergehen. Und er wird weitergehen, weil das, was geschehen ist, nicht mehr
rückgängig zu machen ist. Es ist etwas geschehen, ein revolutionärer Vorgang, der die Lage von Grund auf ver-
ändert hat.

Die Frage ist: Wie kann dieser Aufstand zu einer Lösung führen? Dieser Aufstand kann die israelische Regierung
nicht dazu zwingen, die besetzten Gebiete zu räumen. Das ist eine Tatsache, die ich behaupten würde. Mit mi-
litärischen Mitteln ist das nicht möglich, dazu ist die militärische Übermacht der Israelis zu groß. Doch der Auf-
stand beweist, daß das palästinensische Volk existiert, daß das palästinensische Volk die Besatzung nicht mehr
akzeptiert, daß es die Besatzung innerlich abgeschüttelt hat. Aber um sie praktisch abzuschütteln, ist der Auf-
stand erst der halbe Weg. Die andere Hälfte muß sein, die Israelis davon zu überzeugen oder sie dazu zu zwin-
gen, in Israel selbst einen Umschwung herbeizuführen, der die israelische Regierung dazu zwingen oder es ihr
ermöglichen wird, einen Frieden zu schließen, der die Aufgabe der besetzten Gebiete und Ost-Jerusalems mit
sich bringt. Darum würde ich sagen, die andere Hälfte des Vorgehens, neben dem Aufstand, besteht darin, die-
sen Umschwung in der israelischen Öffentlichkeit herbeizuführen.

Wie sind – um zwei Beispiele zu nennen – der Vietnam-Krieg und der Algerien-Krieg entschieden worden?
Durch zwei Faktoren: Erstens durch den Kampf der Vietnamesen und der Algerier. Wenn sie nicht gekämpft,
wenn sie nicht durchgehalten hätten, wäre es nicht zu einer Lösung gekommen. Zweitens durch die Revolution
innerhalb der öffentlichen Meinung in Amerika, die riesigstarke Friedensbewegung in Amerika selbst – ich habe
sie gesehen, als sie noch nicht so stark war, sondern erst in kleinen, lächerlich kleinen Ansätzen, in Gestalt von
ein paar „Volksverrättern“ existierten –; und was Algerien angeht, durch die Revolution innerhalb der französi-
schen Öffentlichkeit, die dazu führte, daß schließlich der nationalste, chauvinistischste Führer, de Gaulle, den
Frieden geschlossen hat. Und zwar weil in der französischen Öffentlichkeit, von ein paar Ultrafaschisten abgese-
hen, alle zu der Überzeugung kamen, daß es so nicht weiter gehen konnte, daß es eine Lösung geben mußte,
und daß es sich lohne – für Frankreich lohne! –, aufzugeben.

Wir brauchen einen Umschwung in der israelischen Öffentlichkeit, um die Israelis davon zu überzeugen, daß
sich nicht nur die besetzten Gebiete von Israel befreien müssen, sondern daß sich auch Israel von den besetz-
ten Gebieten befreien muß. Dafür brauchen wir den Dialog.

Ihr müßt euch darüber im klaren sein, daß wir, die wir hier sitzen, innerhalb Israels eine Minderheit repräsen-
tieren. An diesem Tisch herrscht eine gewisse Asymmetrie, denn unsere palästinensischen Kollegen hier ver-
treten die Mehrheit des palästinensischen Volkes, auch wenn sie persönlich für sich selbst sprechen; aber sie
können davon ausgehen, daß das meiste von dem, was sie heute sagen werden, die Meinung des palästinensi-
schen Volkes wiedergibt. Wir Israelis hingegen vertreten eine Minderheit von Israelis, und unsere Aufgabe ist
es, aus dieser Minderheit eine Mehrheit zu machen.

Ich bin optimistischer als fast alle meine Freunde – und ich werde des öfteren nur eingeladen, weil man wenig-
stens *etwas* Optimistisches aus Israel hören will. Ich bin optimistisch, weil ich glaube, wenn der Aufstand wei-
tergeht, werden mehr und mehr Israelis mit dem palästinensischen Problem, mit der palästinensischen Wirk-
lichkeit konfrontiert werden – durch diesen Dialog der Steine und Maschinengewehre. Mehr und mehr Israelis
werden zu der Überzeugung kommen, daß wir eine Lösung brauchen, und nach einer Lösung suchen. Und dann
werden sie denen zuhören, die eine Lösung vorschlagen, und wir können sie zu überzeugen versuchen, daß die
Rückgabe der besetzten Gebiete, die Aufgabe der Besatzung zu einem Frieden führt, der die Sicherheit und den
Frieden Israels gewährleistet.

Vor einem deutschen Publikum noch eine Bemerkung: Ich weiß, daß die Deutschen Probleme haben, sich mit
dem Konflikt auseinanderzusetzen. Ich würde sagen: Deutsche, Europäer und überhaupt alle anständigen Men-
schen in der Welt sollten zu der Überzeugung kommen, daß es gut ist für Israel und gut ist für die Palästinen-
ser, wenn sie sich für beide einsetzen; daß die Selbstbestimmung und – um es klar zu sagen – die nationale
Befreiung der Palästinenser und das Bestehen und die Sicherheit Israels keine einander ausschließenden Dinge
sind; daß man, wenn man proisraelisch eingestellt ist, nicht zwangsläufig antipalästinensisch ist und umgekehrt,
sondern daß man gleichzeitig Sympathie und Solidarität mit beiden Völkern – nicht mit Regierungen – haben
kann. Wenn man beide Prinzipien bejaht – das Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung und Freiheit
ebenso wie das Recht der Israelis auf eine gesicherte Zukunft –, dann können auch Deutsche ihre Meinung
deutlich ausdrücken.

Zuletzt eine kleine Geschichte: Vor ein paar Tagen war im israelischen Fernsehen eine kleine Reportage zu sehen: „Ein Tag in Khan Younis“ (das liegt in Gaza). Generalstreik der Geschäfte, ein israelisches Reservebataillon, Leute zwischen 35 und 40 Jahren, die schon zwanzig Jahre lang in diesem Bataillon dienen und die dorthin geschickt worden sind. Man sieht ein paar Reifen brennen, man sieht, wie die Soldaten hinter ein paar palästinensischen Jungen herrennen, wie zwei davon gefaßt und verhaftet werden, und dann, am Ende dieser Reportage, sieht man einen Reservesoldaten, etwa vierzigjährig, auf einem Jeep sitzen und der Reporter fragt ihn: „Was hast du jetzt der israelischen Öffentlichkeit zu sagen?“ Er antwortet: „Ich möchte den Politikern sagen, wir tun hier unsere Arbeit und wir werden sie weiter tun, wie es uns befohlen ist, aber wir brauchen eine Lösung. Ich weiß nicht, ob links oder rechts oder welche, aber wir brauchen eine Lösung, so kann es nicht weitergehen. So ist es nicht gut.“ Das ist mehr oder weniger die Stimmung, besonders der Soldaten, in Israel. Wenn wir sie dazu bringen können, daß sie sehen, daß das, was mit uns passiert, so nicht gut ist, dann wird es zu einer Lösung kommen.

MUSA BUDEIRI

Ich hoffe, es wird mir möglich sein, nach Uri Avnery überzeugend eine weniger optimistische Ansicht über den Dialog zu vertreten, so wie er bisher geführt und anscheinend von vielen Menschen verstanden worden ist, dessen Ziele indes unklar sind, wie auch nicht festzustellen ist, wer überhaupt daran teilnimmt.

Zunächst will ich über Dialog im allgemeinen sprechen. Nach meinem Verständnis ist Dialog nicht mehr als ein Meinungsaustausch zwischen zwei Seiten – die nicht notwendig verfeindet sind –, um vertrauter miteinander zu werden. Dialog wird geführt, um mit den Ansichten der anderen Seite vertrauter zu werden und durch diesen Prozeß auch auf die eigenen Positionen und Gedanken zu stoßen. Wenn wir über den israelisch-palästinensischen Dialog sprechen, reden wir jedoch über etwas anderes. Wir meinen etwas, das zwei in einen Konflikt verwickelte Seiten zusammenzubringen versucht, um Resultate zu erzielen und eine Lösung zu finden, die von beiden Seiten akzeptiert wird.

Zum Dialog sind schon eine Menge komplizierter Erklärungen zahllose Rechtfertigungen gegeben worden. Die einen versuchen zu zeigen, wie positiv der Dialog sein kann, die anderen stellen ihn negativ dar. Ich habe eine ganze Liste mit Äußerungen von verschiedenen Leuten zusammengestellt, die sich entweder für den Dialog engagieren oder aber ihn ablehnen. Diese Liste ist zu lang geworden, deshalb wähle ich nur einige Erklärungen oder Definitionen aus:

1. Einige Unterstützer des Dialogs vertreten die Ansicht, der Dialog sei ein Instrument der politischen und intellektuellen Debatte, Dialog fördere den Austausch von Gedanken und Informationen und sei an und für sich eine nutzbringende Erscheinung. Der Dialog ist also ein Wert an sich und soll geführt werden, auch wenn er nicht zu wie auch immer gearteten konkreten Aktionen führt. Daß beide Seiten zu Treffen zusammenkommen und Gedanken austauschen, rechtfertigt den Dialog ausreichend, und das, was später daraus folgt, sei es positiv oder negativ, ist gleichgültig.
2. Eine weitere, fundiertere Auffassung des Dialogs geht davon aus, daß der Konflikt zwischen zwei Seiten auf Mißverständnissen, verzerrten Wahrnehmungen und psychologischen Barrieren basiere, die durch fundierte Argumente und Begegnungen von Angesicht zu Angesicht überwunden werden müßten. Der Dialog ist also ein Heilmittel gegen Hindernisse und verzerrte Wahrnehmungen. Sobald sie überwunden sind, ist man einen großen Schritt weiter in Richtung auf einen Kompomiß. Hier erfüllt der Dialog die Aufgabe, Menschen die existentielle Realität der anderen Seite erkennen zu lassen.
3. Die letzte Definition, die ich geben möchte, ist die negative, und sie wird, fürchte ich, etwas länger werden. Diejenigen, die den Dialog ablehnen, sehen, daß er die Beziehungen zwischen den Mächtigen und den Schwachen, zwischen den Herrschenden und den Beherrschten, normalisiert. Sie sehen, daß der Dialog für die Mächtigen eine wichtige Funktion erfüllt. Dialog verhindert den Ausbruch einer Volkserhebung und legitimiert die bestehenden Machtverhältnisse. Im spezifischen Kontext nationaler Befreiungsbewegungen wird so der Versuch unternommen, alternative Führungen zu schaffen, die Einheit der nationalen Bewegung zu spalten und – nach der Definition durch die Machthaber – zwischen Gemäßigten und Extremisten zu unterscheiden. Dialog verhindert die Schaffung einer nationalen Einheit, indem Gegensätze zwischen den allgemeinen Interessen und den Interessen einzelner Gruppen ausgenutzt werden. In einem Unterdrückungssystem schwächt der Dialog die Opposition gegen die existierenden Machtverhältnisse.

Das ist im wesentlichen die Meinung derer, die den Dialog ablehnen. Sie sagen nicht, daß der Dialog zwangsläufig eine Situation schafft, wie sie oben beschrieben ist, sondern daß dies ein mögliches Resultat eines Dialogs ist, der in einer asymmetrischen Situation, zwischen ungleich Mächtigen geführt wird.

Natürlich gibt es verschiedene Ebenen von Dialog. Wenn wir über den Dialog sprechen, reden wir z.B. vom Dialog zwischen der israelischen Regierung und palästinensischen Individuen oder Vertretern der arabischen Staaten. Das ist eine Ebene des Dialogs, wie er von der israelischen Regierung über Jahre hinweg geführt worden ist. Dann gibt es den Dialog zwischen PLO-Vertretern und – wenn ich so sagen darf – inoffiziellen Israelis oder Vertretern kleiner israelischer Gruppen. Und schließlich eine dritte Ebene, der Dialog zwischen israelischen und palästinensischen Individuen, der am häufigsten vorkommt. Dabei ist es meist so, daß die an diesem Dialog beteiligten Palästinenser sich aus einem sehr eingeschränkten Kreis rekrutieren.

Doch zunächst will ich weiter über die erste Ebene des Dialogs sprechen, über den Dialog der israelischen Regierung: Die Geschichte nationaler Befreiungsbewegungen zeigt, daß die Mächtigen immer Randgruppen innerhalb der Bewegungen und deren Teilinteressen begünstigt haben und es ablehnten, mit den tatsächlichen Führern des nationalen Kampfes zu verhandeln. Ab einem bestimmten Zeitpunkt ist die Gesellschaft bereit, einen Dialog zu führen, wenn sie nämlich spürt, daß die Opposition stärker wird. Dann ist sie bereit, mit denen einen

Dialog zu beginnen, die sie als gemäßigt definiert. Israel ist da keine Ausnahme. Die Palästinenser werden unterteilt in Gemäßigte und Extremisten, in die, die Terrorismus begrüßen, und die, die nichts zu verlieren haben wie etwa die Menschen in den Flüchtlingslagern. Die israelische Regierung entscheidet über die Partner, mit denen sie den Dialog führen will.

Der offizielle Standpunkt der israelischen Regierung seit 1948, sogar schon vor der Staatsgründung, war – zumindest öffentlich – schon immer der Dialog. Die Israelis, schon die ersten jüdischen Emigranten in Israel schufen sich ein Image, demzufolge die Suche nach Frieden im Zentrum ihrer Politik stehe. Der Dialog und die Versuche dazu halfen ihnen dabei, dieses Image zu behalten. Er hatte aber auch ganz praktische Vorteile für Israel. Aus einer Position der Stärke heraus (besonders seit 1948) war Israel in der Lage, sich einerseits alle Optionen offen zu halten, andererseits die Einheit der Palästinenser zu spalten und die Gegensätze im arabischen Lager im allgemeinen und im palästinensischen im besonderen für sich zu nutzen. Die Likudpartei, traditionell als die extremere Partei innerhalb des israelischen Nationalkonsenses angesehen, war schon seit jeher Anhängerin der jordanischen Option. Der Dialog mit Jordanien wurde seit den 30er Jahren geführt. Er wurde zwischen 1948 und 1951 intensiviert und führte zur Teilung des historischen Palästina in einen israelischen und einen jordanischen Teil. Der Dialog wurde auch nach dem Tod des jordanischen Königs Abdullah fortgesetzt. Zwischen 1963 und 1977 gab es – nach israelischen Aufzeichnungen – vierzig Treffen zwischen König Hussein und verschiedenen israelischen Ministern.

Vor einer Woche las ich in der *Jerusalem Post* die Schlagzeile: „Rabin führt den Dialog mit den Palästinensern fort.“ Ich fragte mich, mit wem Rabin den Dialog führte. Der Artikel gab darüber Auskunft, daß er mit vier pro-jordanischen Notabeln zusammengetroffen war und einige Tage zuvor vier Geschäftsleute aus der Westbank getroffen hatte. Doch die Schlagzeile lautete: „Rabin führt den Dialog mit den Palästinensern fort.“ Das ist ein Beispiel, daß es durchaus nicht klar ist, was Dialog eigentlich ist. Es ist ein Begriff, den jeder benutzt: ich selbst, Uri Avnery und der Journalist, der den Artikel für die *Jerusalem Post* schrieb.

Gegenüber der PLO verfolgt der Likud offensichtlich die Politik, sie repräsentiere nicht das palästinensische Volk und sei kein akzeptabler Partner für Verhandlungen. Die PLO habe die Absicht, Israel zu zerstören. Doch während der Volkserhebung wurde zweimal – einmal davon in der Knesset – geäußert, wenn Israel Frieden wolle, könne es ihn morgen schon mit der PLO schließen. Aber der Preis für den Frieden sei die Errichtung eines autonomen palästinensischen Staats. Die Frage ist längst nicht mehr, ob die PLO eine terroristische Organisation ist oder ob sie bereit ist, den Staat Israel anzuerkennen. Die Frage heute ist vielmehr: Was wollen wir als Israelis? Die Errichtung eines palästinensischen Staates oder nicht? Diese Frage wird die Optionen bestimmen.

Die Ablehnung von Verhandlungen oder die Nichtanerkennung der anderen Seite basiert nicht darauf, wie deren moralischer Wert oder die Immoralität ihrer Mittel eingeschätzt werden, sondern sie basiert allein auf der Leugnung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes und der Konsequenz dieses Selbstbestimmungsrechts: der Errichtung eines autonomen palästinensischen Staates.

Im weiteren will ich nun den Dialog zwischen Palästinensern oder der PLO und den – ich weiß nicht recht, wie ich sie nennen soll – liberalen Zionisten oder linken Israelis betrachten, denen also, die auf israelischer Seite am Dialog beteiligt sind, also den echten Dialog im Gegensatz zum offiziell geführten Dialog. Die Israelis, die in dieser Art von Dialog engagiert sind, bilden keine homogene Gruppe. Es sind eine Vielzahl von Menschen mit verschiedenen politischen Einstellungen. Ich will sie hier vereinfacht liberale Zionisten nennen.

Die liberalen Zionisten betrachten sich selbst als einen Teil des zionistischen Konsenses. Nicht nur, was den zionistischen Gründungsmythos betrifft, sondern sie sehen sich als Teil der israelischen Gesellschaft, teilen deren Werte und erfüllen ihre Aufgaben und Pflichten darin. Abgesehen von ihrem Widerstand gegen einige Aspekte der israelischen Politik, während des Libanon-Kriegs etwa oder was die Einstellung zu den israelischen Palästinensern betrifft, sind sie nicht bereit, sich von dem in ihrer Gesellschaft herrschenden Konsens zu distanzieren. Manche von ihnen mögen nun sagen, gerade darin liege ihre Stärke, und dies ist ein legitimes Argument. Soweit ich sehe, betrachten sie den Dialog als Rechtfertigung für ihren Kampf innerhalb der israelischen Gesellschaft – mit dem Ergebnis, daß sie den Palästinensern gegenüber die Situation legitimieren und sie davon abhalten, in Zukunft mit der israelischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Die liberalen Zionisten versuchen, die Palästinenser dazu zu bewegen, in bezug auf mögliche Lösungen eher gemäßigte Positionen einzunehmen. Die Palästinenser sollen den Terror aufgeben, die Nationalcharta ändern und Israel formell anerkennen. Das halten sie für nötig, damit sich die Wahrnehmung der Israelis ändert. Die Dialogführenden auf der israelischen Seite wollen also, daß sich die Palästinenser mehr und mehr in die von ihnen bestimmte Richtung entwickeln. Sie insistieren, die PLO habe in den letzten Jahren Schritte gemacht, die von einer möglichen Friedenslösung wegführten.

Doch das Problem dabei ist: Wie sieht dieser Frieden aus? Der Frieden scheint ein fester Punkt zu sein, auf dem die liberalen Zionisten bereits stehen. Sie bitten die Palästinenser: Kommt näher, denn das macht es leichter, daß die anderen Israelis, die ja auch Frieden wollen und bloß Angst haben, auch etwas näher kommen. Die Begriffe, derer man sich im Dialog bedient, und die Definition dieser Begriffe werden von den Unterdrückern vorgegeben oder von einzelnen Gruppen innerhalb der Unterdrückten. Es ist ein Fehler, daß die israelischen Dialogpartner diesen Mangel an Symmetrie und Ausgewogenheit zwischen der unterdrückenden und der unterdrückten Gruppe nicht erkennen. Manche streiten ihn schlicht ab.

Die Israelis bilden jedoch keine verhärtete und selbstsichere Unterdrücker-Gesellschaft, wie viele glauben, denn in ihrer subjektiven Wahrnehmung sind sie selbst die Schwachen. Sie sehen sich von einer arabischen Übermacht umringt und halten ihre Existenz für gefährdet, wenn nicht heute, dann morgen. Sie nehmen also die Realität nicht so wahr, wie sie objektiv ist. Und Menschen reagieren aufgrund ihrer Wahrnehmung, nicht aufgrund wissenschaftlicher Analysen der Fakten. Geht man von dieser subjektiven Wahrnehmung aus, besteht allerdings eine Ausgewogenheit zwischen Israelis und Palästinensern. Die Israelis fühlen sich bedroht und verfolgt, und die Palästinenser ebenso.

Ein weiterer Vorwurf gegen den Dialog ist, daß die, die sich für den Dialog engagieren, wesentliche Themen des Konflikts auszuklammern versuchen. Dies betrifft sowohl die Israelis als auch die Palästinenser. Sie sind eher daran interessiert, unter der Besatzung mehr Lebensqualität zu erreichen. Für sie steht die Frage im Zentrum, wie das Leben unter der Besatzung erträglicher zu machen ist. Die Besatzung sei natürlich schlecht, und sie muß beendet werden; aber bis es soweit ist, wolle man sich darum kümmern, das Leben für die Menschen etwas erträglicher zu machen: „Laßt uns für die Menschenrechte, für bessere Bedingungen in den Gefängnissen, für legale Sicherheitskräfte und für Familienzusammenführung streiten!“ All diese Bemühungen sind legitim. Wenn aber der Dialog darauf beschränkt bleibt, besteht die Gefahr, daß der Fokus sich verschiebt.

Viele der am Dialog Beteiligten glauben, die Israelis könnten dazu gebracht werden, die objektive Realität wahrzunehmen und einzusehen, daß es immer schwieriger werden wird, den prinzipiell demokratischen Charakter ihrer Gesellschaft zu bewahren, während zugleich die Rechte der Palästinenser verleugnet werden. Doch meiner Ansicht nach erfüllt der Widerstand gegen die Besatzung diese Aufgabe weit eher als der Dialog zwischen beiden Seiten. Während der 21 Jahre der Besatzung ist diese Frage nicht durch den Dialog auf die Tagesordnung gerückt worden, der seit den 70er Jahren geführt wird, sondern erst jetzt, durch die Volkserhebung. Verständnis führt nicht notwendigerweise zu der Bereitschaft, mit der anderen Seite Frieden zu schließen, und darin liegt die Gefahr.

Seit Beginn der Volkserhebung hat der Likud im Gegenteil seine Bemühungen verstärkt, eine Übereinkunft mit Jordanien zu erzielen. Für den Likud lautet die entscheidende Frage: „Wie können wir das Problem zu den günstigsten Bedingungen loswerden?“ Eine Option ist die Rückgabe eines Teils der besetzten Gebiete an Jordanien. Das wäre eine schlechte Lösung. Aber es ist nicht unvorstellbar, daß diese Anstrengungen zu konkreten Lösungen führen.

Zum Schluß will ich noch kurz etwas zum Dialog im allgemeinen und zu der Frage sagen, ob es eine Alternative gibt. Der Dialog wird meiner Ansicht nach in einem Vakuum geführt; so wie er bisher geführt wird, wird er nicht zum richtigen Zeitpunkt und nicht an der richtigen Stelle geführt. Er ignoriert weitgehend die Existenz jenes anderen Dialogs, den Uri Avnery erwähnt hat, der seit 1967 Tag für Tag stattfindet und der in den letzten sechs Monaten intensiviert worden ist. Ein Dialog der Zerstörung, Inhaftierung, der Luftangriffe auf die Flüchtlingslager im Libanon und der Ermordung von PLO-Führern. Das ist, wenn Sie so wollen, der Hintergrund des anderen Dialogs, der riskiert, daß auf palästinensischer Seite die Illusion entsteht, mithilfe bestimmter Argumente sei es möglich, den Propagandakampf innerhalb der israelischen Gesellschaft zu gewinnen, beispielsweise mit dem demographischen Argument – die Jüdischkeit des Staates Israel müsse erhalten – oder mit dem ideellen: die Demokratie Israels müsse bewahrt werden, etc. Es besteht auch die Gefahr, daß die Palästinenser durch den Dialog veranlaßt werden zu glauben, sie müßten sich auf die israelischen Argumente einlassen, um ihre Ziele zu erreichen, statt ihre eigenen Argumente vorzubringen. Dann würde der Dialog eine Alternative zu anderen Mitteln – und damit meine ich nicht zwangsläufig den bewaffneten Kampf, es gibt viele andere Mittel. Doch der Dialog in Form von Verhandlungen kann nur Bedeutung haben, wenn er zwischen offiziellen Vertretern der beiden Seiten geführt wird und an einem Punkt, wo ein Kräftegleichgewicht errichtet ist, das die bisher stärkere Seite dazu zwingt, sich auf Verhandlungen einzulassen. Sonst wird sich der Dialog selbst sein Ende bereiten.

Welche Alternativen gibt es nun zum Dialog? Zunächst möchte ich zwischen dem Dialog und dem Propagandakampf unterscheiden, den jede Befreiungsbewegung zu führen hat. Ich glaube, jede Befreiungsbewegung muß

den Versuch unternehmen, die andere Seite davon zu überzeugen, daß sie eine gerechte Sache verfolgt. Doch ich möchte hervorheben, daß noch nie eine revolutionäre Bewegung dadurch gesiegt hat, daß sie die andere Seite überzeugte. Der Dialog selbst ist natürlich neutral, er ist eine Form politischer Praxis, die zunächst weder gut noch schlecht ist. Wenn er zwischen zwei gleichberechtigten Partnern geführt wird, kann Dialog nützlich sein. Ist das Kräfteverhältnis jedoch ungleich, nützt ein Dialog fast zwangsläufig den Interessen des Stärkeren. Hindernisse für Verhandlungen waren noch nie moralischer Natur, weder in diesem noch in irgendeinem anderen Konflikt. Das zeigt sich in allen Beziehungen zwischen Kolonialisten und Kolonisierten. Wenn nämlich der Preis für eine Weiterführung der Besatzung zu hoch wird, dann werden alle Äußerungen über Terrorismus, alle Skrupel, die von der Propaganda ständig behauptet werden, plötzlich fallen gelassen. Sie waren nie ein echtes Hindernis und werden es auch in Zukunft nicht sein.

Wenn Israel bereit ist, der Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates zuzustimmen und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser anzuerkennen, dann werden Verhandlungen mit der PLO kein Problem mehr bedeuten. Der einzige echte Dialog unter den Bedingungen eines nationalen Befreiungskampfs muß sich darum drehen, im gemeinsamen Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse die besten gemeinsamen Mittel zu finden und zu nutzen.

Es ist schwierig, an dieser Stelle weiterzusprechen. Ich möchte betonen, daß ich grundsätzlich mit der Analyse Musa Budeiris übereinstimme. Ich halte seine Analyse des sogenannten israelischen Friedenslagers für korrekt und sehe wie er die ungeheure Gefahr, daß der Dialog den Widerstand in zwei verschiedene Fokussierungen spaltet. Doch wir sind hier, und ich werde gleich zu dem Punkt kommen, warum ich solche Treffen für nützlich und wichtig halte.

Zuvor möchte ich aber eine kurze Geschichte erzählen: Vor etwa vier Jahren war ich in Nicaragua. Dieser Aufenthalt war eine Art Höhepunkt, ein sehr bewegendes Erlebnis in meinem Leben. Dort fand eine Konferenz von Gewerkschaftlern statt, und da die Histadrut [israelische Gewerkschaft] es ablehnte, einen Vertreter zu entsenden, wurde ich als Gast der nicaraguanischen Regierung eingeladen. Ich war die einzige Israelin dort. Einer der Leute, die ich dort kennenlernte, war ein australischer Gewerkschaftler. Er fragte mich: „Woher kommen Sie?“ Ich antwortete: „Aus Israel.“ Er sagte: „So etwas wie Israel gibt es nicht.“ Ich sagte: „Was für ein Unsinn! Ich bin hier, und ich besitze einen israelischen Paß.“ Er: „Ja, aber so etwas wie Israel gibt es nicht. Das ist Palästina!“ Ich erwiderte: „Ok. Aber ich bin in Jerusalem geboren. Damals war das Palästina, aber heute bin ich israelische Staatsbürgerin.“ Er fragte: „Warum gehen Sie nicht dorthin zurück, woher Sie gekommen sind?“ Ich fragte zurück: „Was soll ich denn tun? Ich stamme doch aus Jerusalem.“ Er fragte: „Und woher kamen Ihre Eltern?“ So ging es eine ganze Weile hin und her, bis ich schließlich ärgerlich wurde und ihn fragte: „Woher kamen denn Ihre Leute? Sie nennen sich selbst einen Australier? Sie sehen nicht gerade aus wie ein Aborigene. Warum gehen Ihre Leute nicht dorthin zurück, woher sie kamen?“

Ich erzähle Ihnen diese Geschichte nur, weil ich meine, wir sollten uns immer daran erinnern, daß man die Geschichte nicht zurückdrehen kann. Sie ist da und bleibt bestehen. Glauben Sie mir, wenn es möglich wäre, dieses kleine, leidgeprüfte Land durch irgendeinen Hokuspokus zu vergrößern, um den Konflikt zu lösen, fände ich das wunderbar. Aber das geht nicht. Die Realität bleibt, wie sie ist, und es gibt heute ca. vier Millionen Menschen, die als Israelis definiert sind. Also, was können wir tun?

In Israel hört man häufig den Einwand: „Warum kümmert sich die Weltöffentlichkeit nicht um den Golfkrieg¹? Mehr als eine Million Menschen wurde dort getötet. Darüber redet man nicht annähernd soviel wie über die Volkserhebung in der Westbank und in Gaza. Warum kümmern sich die Leute nicht genauso um den Zypernkonflikt?“ usw. Das sagen viele Israelis, darunter auch israelische Politiker. Sie sehen die Aufmerksamkeit, die dem Konflikt im Nahen Osten entgegengebracht wird, als eine Art von absichtlicher, fast diabolischer, möglicherweise auch antisemitischer Aufmerksamkeit. Diese Sichtweise müssen wir überwinden.

Tatsache ist, daß weder der Iran noch der Irak noch Griechen oder Türken in der Weltöffentlichkeit je eine solche Rolle gespielt haben wie Israel und deshalb nie soviel Aufmerksamkeit gefunden haben. Es ist doch so, daß Israel, bzw. die jüdische Gemeinschaft in Palästina 1947 die Anerkennung ihres Rechtes auf die Errichtung eines eigenen Staates im Namen eines bestimmten moralischen Anspruchs erwirkte. Der Teilungsplan kam aufgrund dieses Anspruchs und eines Gefühls von Schuld und Verantwortung, als eine Art „Wiedergutmachung“ für das zustande, was den Juden im 2. Weltkrieg angetan worden war. Aus diesem moralischen „Kredit“ zog Israel auch weiterhin auf verschiedene Art und Weise den größtmöglichen Nutzen. Die Israelis erinnerten die europäischen Länder immer wieder daran, was während des 2. Weltkriegs mit den Juden geschehen war, und sie behaupteten, die einzige Demokratie im Nahen Osten zu sein. Mit Hilfe dieser beiden Argumente, die allein moralischer Natur sind, gelang es ihnen, enormen Vorteil zu erringen.

Dieser Vorteil wirkt sich sowohl politisch als auch materiell aus. Israel genießt in der EG Vorzugsbedingungen. Es ist gewissermaßen Mitglied der EG und hat dort einen einzigartigen Bonus. Es ist ihm gelungen, die europäischen Staaten zum Widerstand gegen den arabischen Boykott israelischer Waren zu bewegen, obgleich es für diese Staaten sehr viel einfacher wäre, ihn hinzunehmen, denn die arabische Welt ist ein weit größerer Markt als Israel. Dennoch hat Israel mit moralischem Druck die westlichen Staaten dazu gebracht, Gesetze gegen den arabischen Boykott zu erlassen.

Wenn man den eigenen politischen wie ökonomischen Aufbau voll und ganz auf moralische, ethische Argumente gestützt hat, geht es nicht an, daß man plötzlich selbst hingeht und sagt: „Was erwartet ihr denn, warum sollen wir besser sein als der Iran oder der Irak oder irgendjemand sonst?“ Man kann nicht beides haben. Man kann sich nicht einerseits ständig als Opfer darstellen und als die einzige Demokratie im Nahen Osten, und andererseits sagen: „Wir sind genau wie alle anderen. Also bitte, werft uns nichts vor!“ Dieses Argument müssen wir

¹ Der sog. erste Golfkrieg zwischen dem Iran und dem Irak 1986-1988, in dem mehr als zwei Millionen Menschen getötet wurden. (A.d.Hrsg.)

beiseiteräumen. Das sage ich hier, und ich habe es des öfteren schon in Israel gesagt. Die Israelis glauben, wie Musa Budeiri schon sagte, sie seien Opfer, sie halten sich für bemitleidenswert. Wenn man bedenkt, wie stark und mächtig der israelische Staat ist, ist das eine ungeheuerliche Sichtweise. Es ist ungeheuerlich, daß Israel, ein militaristischer, starker Staat, sich weiter als bedrohtes und verfolgtes Wesen darstellt. Es ist einfach bizarr! Ich glaube, jeder, der sich mit dem Konflikt auseinandersetzt, muß sich darüber im klaren sein und die Israelis dazu zu zwingen versuchen, in den Spiegel zu schauen und die Realität so zu sehen, wie sie objektiv ist.

Warum Europa, warum sind wir hier? Ich persönlich nehme an, daß Europa eine bedeutende Rolle in dem Konflikt spielen kann, und zwar aus folgenden Gründen: Zunächst, zumindest bis heute, hatten die beiden Supermächte ein gewisses Interesse daran, daß der Konflikt fortbestand. Jede hat ihre eigenen Gründe dafür: Die Amerikaner haben dank dem Konflikt definitiv einen starken Stützpunkt in Israel. Israel leistet den Amerikanern enorme Dienste, nicht nur im Nahen Osten, sondern auch durch Geschäfte mit Südafrika, Lateinamerika, dem Fernen Osten, doch vor allem durch die treue Allianz mit den USA in Israel selbst. Die Sowjetunion wiederum handelt aus einem vielleicht verständlichen Interesse, denn der Nahe Osten liegt ihr geographisch sehr nah; sie hat sich ihre eigenen Protégés geschaffen, insbesondere Syrien. Solange der Kalte Krieg fort dauert, sind beide Supermächte daran interessiert, sich ihre Schützlinge zu erhalten, sie zu bewaffnen und den Konflikt fortdauern zu lassen – natürlich nur solange er auf kleiner Flamme köchelt, denn keiner will, daß er explodiert. Doch es ist möglich, daß wir in naher Zukunft einen Wechsel erleben. Darauf werde ich gleich zurückkommen.

Inzwischen glaube ich, daß das größte direkte Interesse am Ende des Konflikts wohl West-Europa hat. Die Gründe dafür sind offensichtlich: Europa treibt Handel sowohl mit Israel als auch mit den arabischen Staaten; zudem liegt diese Region sehr nah, und die Gefahr eines größeren Krieges in Nahost erschreckt sie. Wir wissen, daß Israel über Atomwaffen verfügt. Wenn nun auch einige arabische Staaten zu Atomwaffen kommen, ist ein Krieg vielleicht nicht fern. Die Situation ist außerordentlich gefährlich, und die Europäer sind sich dessen sehr bewußt.

Weil nun aber die Europäer besondere Beziehungen zu Israel unterhalten, weil die EWG Israel so ungewöhnliche Vorteile zugesteht, ist Europa auch in der Lage, direkten Druck auf uns auszuüben. Das war kürzlich im Hinblick auf den Handel mit Produkten aus den besetzten Gebieten deutlich zu sehen. Ich halte es wirklich für die Aufgabe jedes gutwilligen Europäers, irgendwie Druck auszuüben, sei es durch die Parteien in den Parlamenten, sei es durch Briefe an die Presse oder an Organisationen, welche Methoden auch immer ihnen zur Verfügung stehen, um Druck auf die Regierungen auszuüben. Die Regierungen wiederum müssen die Israelis unter Druck setzen, die Besatzung zu beenden.

Auf der anderen Seite ist eine langsame, vorsichtige Annäherung zwischen den Supermächten zu beobachten, die auf die Denuklearisierung des Kalten Krieges zielt, der Bestand an strategischen Waffen soll verringert werden etc. Wir haben gesehen, daß in Afghanistan etwas passiert ist und etwas ähnliches in Mittelamerika; in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba gibt es kleine Veränderungen; die Sandinistas haben begonnen, Gespräche mit den Contras zu führen – vermutlich auf sowjetischen Druck, warum auch immer. Wenn dieser Prozeß, der merkwürdigerweise in der Amtszeit von Präsident Reagan eingeleitet wurde, weitergeht, werden wir, glaube ich, erleben, daß die Supermächte am Ende auch über den Konflikt im Nahen Osten miteinander verhandeln werden. Und wenn sie das beschließen, werden sie es natürlich auch erreichen.

Das wäre eine Lösung, die mir im Grunde außerordentlich zuwider ist. Natürlich wäre uns allen eine Lösung sehr viel lieber, die von den beiden im Konflikt liegenden Völkern ausgeht. Nicht von Israelis, die, wie Musa Budeiri sagte, dafür nach Marokko oder Jordanien etc. laufen, sondern daß Israelis und Palästinenser selbst ihre Probleme lösen. Wenn sich hingegen Israel auf internationalen Druck hin aus den besetzten Gebieten zurückzieht, fürchte ich sehr, daß zwischen den beiden Völkern kein besonderer Frieden herrschen wird, sondern an den früheren Grenzen elektrische Zäune hochgezogen werden, an denen internationale Soldaten patrouillieren müssen.

Das ist absolut nicht der Weg zum Frieden. Doch es ist besser als nichts. Es ist besser als die jetzige Situation, die unerträglich ist. Ich stimme Musa Budeiri zu, daß alle Erklärungen aus dem Lager der liberalen Zionisten darauf hinauslaufen, daß die Situation unerträglich ist, weil *ihnen* – moralisch – damit etwas angetan wird.

Nein, es ist unerträglich, was man den Palästinensern antut! Das muß aufhören, und eine Erzwingung der Lösung ist natürlich besser als nichts, aber sie ist nicht die ideale Lösung. Deshalb ist jede Einflußnahme ungeheuer wichtig, die aufgebracht werden kann, um die Israelis dazu zu bewegen, auf die Palästinenser zuzugehen. Und deshalb möchte ich jeden hier, wie alle, die ich auf vielen Veranstaltungen in den letzten Jahren treffen durfte, bitten, sich zu äußern und ohne Bedenken das Wort zu ergreifen.

Israel „erlaubt“ der Welt – besonders den Deutschen –, es mit Komplimenten zu überschütten, aber denselben Leuten untersagt es die Kritik. Abgesehen davon, daß Komplimente nicht unbedingt hilfreich sind, und schon gar nicht in dieser Situation – Menschen müssen das Recht haben, zu jeder Zeit und überall ihre Ansicht über eine Situation zu äußern, und wenn sie über Israel Gutes sagen dürfen, dann müssen sie auch die bitteren Dinge über Israel sagen können. Die Israelis müssen sich daran gewöhnen, auch dies anzuhören. Die Israelis sind sich ihres Images sehr bewußt. Sie wissen, daß sie sich nicht ewig hinter dem Vorwurf des Antisemitismus verstecken können. Sie müssen sehen, daß Menschen guten Willens auf der ganzen Welt sie mit Abscheu betrachten, und sie werden damit umgehen müssen.

Was immer Sie tun können, wenn Sie irgend Druck auszuüben vermögen, es ist wertvoll, unschätzbar, und Sie müssen es beharrlich tun. Wir im Nahen Osten werden weiter den Dialog führen, als Randgruppen, im täglichen Leben, auf jede uns irgend mögliche Art und Weise, in den Straßen, Häusern und vielleicht im Gefängnis. Sie müssen Ihren Beitrag leisten!

Für Friedenstreffen mit PLO verknackt

Sechs Monate Gefängnis für vier israelische Oppositionelle/88 weitere Israelis müssen jetzt mit Prozeß rechnen (SZ, 1.7.88, taz 2.7.88)

Wegen eines Treffens mit Delegierten der PLO in Rumänien sind vier israelische Bürger zu sechs Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von je 4.000 Schekel (etwa 4.500 Mark) verurteilt worden. Der Spruch eines Gerichts in Ramle bei Tel Aviv ist die erste Verurteilung nach einem in Israel heftig diskutierten Gesetz von 1986, das israelischen Bürgern „unbefugte“ Kontakte mit der PLO untersagt.

Die vier Angeklagten hatten sich kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes im November 1986 mit PLO-Delegierten in Costinesti in Rumänien getroffen. Richter Avraham Baiser räumte in seiner Urteilsbegründung ein, daß das Gesetz in Israel umstritten sei. Ein Gesetz müsse aber respektiert werden. „Ein Gericht hat nicht darüber zu befinden, ob ein Gesetz gut oder schlecht ist. Die Angeklagten haben vor aller Welt gegen ein Gesetz verstoßen und sollten daher bestraft werden“, erklärte der Richter.

Bei den Verurteilten handelt es sich um Eliezer Feiler aus dem Kibbutz Yad Hanna, Ruben Kaminer, den stellvertretenden Direktor der Abteilung für Auslandsstudenten an der Universität Jerusalem, und um die Kulturredakteurin der Zeitung „Al Hamishmar“, Yael Lotan. Latif Dori ist Funktionär der Mapam-Partei und Vorsitzender des „Komitees für israelisch-palästinensischen Dialog“.

Spendenaufruf (Alisa Fuss)

Die Verurteilung der vier ist nur die „Spitze des Eisbergs“, weitere Prozesse werden folgen. Die jetzt verhängten Geldstrafen und die zu erwartenden Strafen können von den Betroffenen nicht aufgebracht werden. Unsere Unterstützung für die vor Gericht gestellten Friedenskräfte in Israel ist gefragt! Spenden bitte auf folgendes Konto...

DAUD KUTTAB

Im Gegensatz zu meinen Vorrednern will ich Analysen und Philosophie vermeiden und mich darauf beschränken, Ihnen einige Grundinformationen über die Situation zu geben, insbesondere in dem Feld, in dem ich arbeite, im Journalismus.

Ich nenne meine Rede „Über die Kommunikation“, weil ich meine, daß sich in den letzten sechs Monaten etwas entwickelt hat, das mehr umfaßt als nur Journalismus oder Presse. Es gab viele Arten der Kommunikation, sich auszudrücken oder eben nicht auszudrücken. Jedenfalls halte ich es für besser, es größerem Rahmen zu betrachten.

Zunächst einmal sollten Sie begreifen, daß die palästinensische Volkserhebung, die Intifada, für die israelische Regierung eher ein PR-Problem darstellt als eines, auf das sie direkt reagieren müßte. Für Israel wäre das Problem gelöst, wenn die Presse sich nicht mehr für die besetzten Gebiete interessiert. Also konzentriert man sich hauptsächlich auf die Presse und die Medien, weil sie die Fakten berichten und Israel negative Schlagzeilen einbringen. Israel hat mehr als nur einmal versucht, die Berichterstattung zu unterbinden, statt die berichteten Fakten zur Kenntnis zu nehmen.

Ich will mit den Problemen der palästinensischen Presse beginnen, weil ich in diesem Bereich den größten Einblick habe. Tatsächlich ist die palästinensische Presse schon lange vor der Volkskserhebung stark behindert worden, und zwar durch institutionalisierte Beschränkungen, durch Gesetze und Regularien. An der Pressezensur sind einzelne und eine ganze Infrastruktur beteiligt. Zu nennen sind hier drei Hauptbereiche:

Zunächst die Militärzensur. Es gibt in Israel ein Gesetz, das palästinensischen wie israelischen Zeitungen verbietet, etwas ohne vorherige Prüfung zu veröffentlichen. Mit anderen Worten: Bevor ein Artikel, ein Foto, eine Karikatur, eine Werbeanzeige, manchmal sogar ein Kreuzworträtsel erscheinen kann, müssen einem Militärzensor zwei Kopien vorgelegt werden, der entscheidet, ob es so oder nur teilweise oder gar nicht gedruckt werden darf. In vielen Fällen wird die Entscheidung hinausgezögert, bis der Artikel seinen Wert verliert. Zugleich wird den Zeitungen verboten, statt des zensierten Artikels eine weiße Fläche stehen zu lassen, so daß die Herausgeber immer mehr Artikel in Auftrag geben müssen, als in die Zeitung aufgenommen werden können, damit das Blatt überhaupt rentabel und professionell arbeiten kann. Dies führt zu einer Art Selbstzensur. Die Herausgeber entscheiden nach Gutdünken, welcher Bericht geschrieben werden soll und welcher nicht.

Für die palästinensische Presse nun beschränkt sich die Militärzensur nicht allein auf jene Artikel, in denen es um Sicherheitsfragen oder das Militär geht. Die Zensur betrifft hier vielmehr alles Politische: Ideen, Analysen, Gedanken, Editorials und Reaktionen auf bestimmte Ereignisse werden geprüft. Und die Zensur ist vollkommen willkürlich: An einem Tag ist eine bestimmte Berichterstattung erlaubt, am nächsten ist sie verboten. Es gibt auch eine Art Teilzensur, die für palästinensische Journalisten unglaubliche Probleme mit sich bringt. Nehmen wir bspw. ein Bürgermeister-Treffen zu einer bestimmten Frage. Wir versuchen nun dieses Treffen zu analysieren, wir befragen die Befürworter und die Gegner unter den Bürgermeistern. Die Zensur geht dann so vor, daß sie alle Stellen, an denen die Gegner (oder Befürworter) zu Wort kommen, streicht, und nachher erscheint es so, als seien auf dem Treffen nur Befürworter (oder Gegner) gewesen. Und wir stehen dann vor der Alternative, den ganzen Bericht herauszunehmen oder von der Leserschaft wegen der Einseitigkeit scharf kritisiert zu werden.

Seit Beginn der Volkserhebung hat sich der ganze Zensurapparat um das Fünf- bis Sechsfache erweitert. Die palästinensischen Zeitungen haben ihre Funktion als Mittel kommunikativer Information fast vollständig verloren. Man sieht sich die Tageszeitungen an und findet darin fünf Artikel über Aids, sechs über Nicaragua und Afghanistan, jedoch kaum Berichte über die Situation im eigenen Land. Seit der Volkserhebung haben die Israelis zudem noch eine weitere Beschränkung erlassen: Sie verbietet es den palästinensischen Zeitungen, Artikel aus hebräischen Zeitungen zu übersetzen. Das war bislang noch eine letzte Möglichkeit, etwas mehr zu veröffentlichen, denn – das wissen Sie vielleicht nicht – in der israelischen Presse gibt es ein weit größeres Spektrum von Meinungen zu bestimmten Fragen des israelisch-palästinensischen Konflikts als z.B. in Deutschland oder anderswo. Das einzige, was der palästinensischen Presse noch gestattet ist: sie kann die Radionachrichten des israelischen Rundfunks abdrucken, denn im israelischen Rundfunk gibt es auch Sendungen auf Arabisch. Doch die Presse darf nicht beliebig auswählen – sie darf lediglich die Nachrichten des auf Arabisch ausgestrahlten Programms abdrucken. So versucht die israelische Regierung, die palästinensische Presse zu manipulieren und zu instrumentalisieren und den Informationsfluß unter Kontrolle zu halten.

Das zweite große Problem der palästinensischen Presse sind die Verhaftungen von Journalisten. Während der letzten drei Monate wurden mindestens dreißig Journalisten verhaftet. Fast alle befinden sich in sog. Admini-

strativhaft – das bedeutet, ohne Gerichtsverhandlung mindestens sechs Monate lang eingesperrt zu sein. Was noch bedeutsamer ist: Fünf der neun Mitglieder des Verwaltungsrats der palästinensischen Journalistenvereinigung wurden in Administrativhaft genommen, darunter der Präsident und der Vizepräsident.

Auch beim Vertrieb der Zeitungen gibt es eine Menge Probleme. In den letzten Monaten wurde jeder Anlaß genutzt, um die Westbank und den Gazastreifen vollständig abzuriegeln. So war Jerusalem von Bethlehem abgeschnitten, Ramallah von Nablus. Dadurch wurde auch der Zeitungsvertrieb fast unmöglich. Die meistgekauftete Zeitung, „Al Quds“, ist vierzehn Tage lang vom Verkauf abgeschnitten gewesen, und das mitten im Aufstand. Eine ganze Reihe von Zeitungs- und Pressebüros wurden, mithilfe der Notstandsverordnungen, geschlossen, ohne Angabe von Gründen oder gar eine Gerichtsverhandlung. Das *Palestine press service office* (Palästina-Pressebüro), die Pressebüros in Bethlehem und Gaza wurden geschlossen. Dies alles zu dem Zweck, den Informationsfluß, den Nachrichtentransfer aus den besetzten Gebieten zu den Zeitungen und schließlich zur Auslandspresse zu unterbinden.

Doch diese Restriktionen haben eine Vielzahl von Reaktionen bewirkt. Die Palästinenser versuchen, statt die Zensur als unumstößliche Tatsache zu akzeptieren, alternative Methoden der Kommunikation zu finden. Während der letzten Monate war zu beobachten, daß Informationen durch Flugblätter verbreitet wurden, die von der PLO-Untergrund-Organisation „Zentrale Führung der Volkserhebung“ gedruckt und verteilt wurden. Diese Flugblätter erscheinen zumeist wöchentlich oder alle zehn Tage. Sie enthalten konkrete, detaillierte Informationen, politische Bildung, Appelle und Anweisungen, um die Menschen zu Aktionen zu bewegen. Außerdem hat sich eine Reihe von Institutionen – religiöse wie politische – zu Kommunikationszentren entwickelt. Die Leute nutzen Moscheen und Kirchen, Theater und Bildungszentren, um Informationen an die Öffentlichkeit zu bringen und zu verbreiten. Das ist absolut notwendig, da die Menschen Informationen kaum noch durch Zeitungen erhalten – und es gibt nur die Zeitungen, denn wir haben keine Radiostation in den besetzten Gebieten. Das bringt mich zu einer weiteren alternativen Nachrichtenquelle: der – illegale – PLO-Radio-Sender *The Voice of Al Quds* (Die Stimme Jerusalems) in Bagdad, entstanden in Süd-Syrien und seit der ersten Ausstrahlung durch die Israelis gestört, versucht nun über andere Frequenzen zu senden, und so können ab und zu Nachrichten empfangen werden. Doch den Israelis ist es gelungen, das weitgehend zu unterbinden. Ein weiteres Kommunikationsmittel sind Graffiti. Manchmal sind es antiisraelische Parolen, manchmal sprechen sie direkt Kollaborateure an, oder es sind Ankündigungen von Aktionen zum „Tag des Bodens“ oder zu Streiktagen. Außerdem fließt die Kommunikation durch die Volkskomitees.

Eines der Ziele der Volkserhebung ist die Einrichtung alternativer Institutionen. In Stadtvierteln, Flüchtlingslagern, in Dörfern und in Städten gründen sich Komitees, in denen Informationen vermittelt und diskutiert werden. Sie arbeiten sehr effektiv.

Ein sehr wichtiges Ziel der Volkserhebung und des Protests gegen die Besatzung ist es, daß die ausländische Presse berichtet über das, was geschieht. Dazu will ich eine kurze Geschichte erzählen, die sich vor etwa drei Monaten in einer Menschenrechtsorganisation, der *Al Haq*, zugetragen hat: Der Vorstand dieser Organisation hielt im *Al-Haq*-Gebäude eine Sitzung ab. – Die *Al Haq* ist eine anerkannte, renommierte Menschenrechtsorganisation, ihre Mitglieder sind überwiegend Rechtsanwälte. – Plötzlich waren aus der Eingangshalle Schreie zu hören. Als sie dorthin stürzten, sahen sie einen Jugendlichen, der von israelischen Soldaten von der Straße dorthinein gezerrt worden war. Die Soldaten schlugen und traten ihn, sein Gesicht war schon blutüberströmt. Als die Anwälte herbeikamen, rannten die Soldaten schnell wieder auf die Straße. Die Anwälte liefen ihnen nach, hielten sie an und verlangten ihre Namen. Die Soldaten weigerten sich und bedrohten sie handgreiflich. Also gingen die Anwälte zur Polizeistation, um gegen die Soldaten Anzeige zu erstatten. Doch die Polizei fragte sie lediglich nach den Namen der Täter, die die Anwälte nicht nennen konnten, und warf sie dann einfach hinaus. Den *Al-Haq*-Anwälten blieb nur noch, sich an die ausländische Presse zu wenden und sie über den Vorfall zu unterrichten. Den Anwälten wurde klar, daß die einzige Möglichkeit, angesichts des Besatzungszustands und der Brutalität auf die Israelis Druck auszuüben, darin besteht, die ausländische Presse zu mobilisieren, deren Berichterstattung den Israelis zumindest gewisse Rücksichten auferlegt. Nur wenn die ausländischen Medien die Täter bei Gewaltverbrechen auf frischer Tat ertappten und diese dokumentierten, wurden Soldaten unter Anklage gestellt und bestraft. Wir alle kennen den Fall der CBS, die Soldaten dabei aufnahmen, wie sie palästinensische Jugendliche schlugen und ihnen mit Steinen die Knochen brachen; wir alle haben die Bilder von palästinensischen Jugendlichen gesehen, die von der Armee lebendig begraben wurden; und die Bilder von anderen Greueln. Jedesmal reagierten die verantwortlichen Kommandeure nur, wenn die Verbrechen dokumentiert worden waren. All die anderen Male stritten sie ab, daß etwas geschehen sei, und hielten es auch nicht für nötig, Untersuchungen einzuleiten.

Zwei Tatsachen bestätigen diesen Zusammenhang: Erstens gab es – im Gegensatz zu der Behauptung der Israelis, die Anwesenheit der Presse verstärkte Unruhe und Auseinandersetzungen – keinen einzigen Todesfall, wenn die Presse anwesend war. Kein einziger von den mehr als zweihundert getöteten Palästinensern wurde getötet, wenn ausländische Journalisten zugegen waren. Was aber fast noch wichtiger ist, ist zweitens die Tatsache, daß die Anwesenheit ausländischer Berichterstatte generell Gewalt verhindert. Es gab zahlreiche Fälle, in denen ein Soldat sich daranmachte, einen Palästinenser zu schlagen, und ein anderer Soldat ihn davon abhielt, weil er die Anwesenheit von Journalisten bemerkt hatte.

Weiterhin ist eine Restriktion der Israelis hervorzuheben, die einzigartig ist. Sie haben bestimmte Gebiete abgeriegelt – nicht für die Bevölkerung, nicht aus politischen oder militärischen Gründen, sondern ausschließlich für Fernsehteams und Fotografen. Außerdem haben die Militärkommandeure die Befugnis, Journalisten zu bestimmten Zeit von bestimmten Orten fernzuhalten, ohne daß es dazu irgendeines höheren Befehls bedarf. All dies zielt darauf ab, vor der Weltöffentlichkeit Dinge zu verstecken, die aufgenommen werden und sich auf den Bildschirmen wiederfinden könnten. Auch diese Zensur ist reine Willkür.

Doch die Übertragung von Bildern hat die Israelis empfindlich getroffen. Wenn keine Bilder aufgenommen werden, können sie behaupten, der Volksaufstand sei zu Ende, obwohl sie wissen, daß heute zehnmal so viele Soldaten mobilisiert sind wie zuvor, daß zehntausende Palästinenser im Gefängnis sitzen und daß weiterhin Demonstrationen stattfinden, an vielen Orten. Sobald die Fernsehaufnahmen unterbunden sind, versuchen sie trotz allem zu behaupten, es gebe keinen Protest mehr.

Wie sich gezeigt hat, geht die Volkserhebung weiter – im Gegensatz zu Rabins Äußerung, der zu ihrem Beginn sagte, die Intifada werde binnen zwei Tagen überwunden sein. Die Volkserhebung geht weiter, die Palästinenser haben es geschafft, ihren Protest bekannt zu machen, der Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, daß sie Widerstand leisten gegen die Besatzung, auf allen Ebenen der Bevölkerung. Sie haben gezeigt, daß sie auf einer Änderung des Status quo bestehen. Sie wollen eine echte Veränderung der Situation, und sie wollen durch die PLO repräsentiert werden.

Die Opfer, die die Besatzung fordert, die Zahl der täglichen Opfer ist gestiegen. Die Palästinenser äußern ihren Protest nicht nur im Sinne von „Öffentlichkeitsarbeit“, sie protestieren nicht nur vor laufenden Kameras und hören auf zu protestieren, wenn die Kamera stoppt. Sie protestieren, weil sie unterdrückt werden, und sie werden solange protestieren, wie sie unter militärischer Besatzung leben müssen.

Militärzensur

(*Volkszeitung* vom 24.6.1988)

Israel hat weder eine Verfassung noch ein Gesetz, das die Pressefreiheit garantiert. „Geregelt“ werden solche Probleme auf zweierlei Weise. Entweder mithilfe von Notstandsgesetzen, die aus der Zeit der britischen Kolonialmacht stammen, oder mit dem Vorwurf der „Verbindung mit dem Feind“. „Feind“ sind die aus ihren Dörfern vertriebenen Palästinenser, vor allem deren politische Vertretung, die PLO. Der „Feind“-Vorwurf trifft gerade die Journalisten, die sich verpflichtet fühlen, Unmenschlichkeit und Völkerrechtsbruch aufzudecken.

Assaf Adiv war der sechste israelische Journalist, der verhaftet wurde. [...]

Der Redakteur einer kleineren linksgerichteten Zeitung berichtete: „Wir erhielten einen Anruf aus einem arabischen Dorf, daß vier Menschen von Soldaten lebendig begraben worden seien. Wir wollten das zunächst nicht glauben. Dann fuhren wir hin und mußten feststellen, daß die Meldung auf Wahrheit beruhte. Eine Veröffentlichung verbot der Zensor mit der Begründung, das sei ein Eingriff in ein schwebendes Verfahren, die Sache würde durch militärische Vorgesetzte untersucht. Erst als ausländische Zeitungen sich der Sache annahmen, erfuhr die Öffentlichkeit, was vorgefallen war.“

Über die Frage der Zensur wurde auf dem Forum kontrovers diskutiert. Die Verhaftung von Assaf Adiv und die Verurteilung von Latif Dori hatten – was wohl beabsichtigt war – eine Reihe von liberalen Politikern und Journalisten, die an der Vorbereitung des Forums teilgenommen hatten, im letzten Augenblick bewogen, der Tagung fernzubleiben. Gerade sie aber hatten in den Entwurf der Abschlusserklärung den Passus hineingebracht, daß unter den Bedingungen des Kriegszustands Militärzensur zulässig sei, wenn die Entscheidung des Zensors noch am selben Tag durch ein Komitee nachgeprüft werde, dem ein Richter präsidieren. Ein Teil der Teilnehmer vertrat jedoch den Standpunkt, gerade im Kriege sei die Pressefreiheit notwendig und das erwähnte Komitee habe nur eine Feigenblattfunktion.

Schließlich setzten sich diejenigen durch, die – auch mit Blick auf die Nichterschienenen – Zensur nicht grundsätzlich verneinen wollten. Die einstimmig angenommene Erklärung besagt:

- Veröffentlichungen dürfen nicht länger von einer Lizenz oder von amtlicher Erlaubnis abhängig gemacht werden.;
- es darf kein behördliches Verbot von Publikationen mehr geben, weder dauernd noch befristet; solange der Krieg dauert, ist Militärzensur zulässig, unter der Bedingung der Überprüfung durch ein Komitee;
- jede anscheinende Verletzung der Zensurbestimmungen durch eine Zeitung kann nur durch ein Gericht überprüft und bestraft werden.

Diese EntschlieÙung wird dem Parlament übergeben. Eine an Ort und Stelle gegründete Arbeitsgruppe wird weitere Maßnahmen und Aktionen beschließen.

Emil Carlebach

Spendenaufwurf zur Unterstützung der verhafteten Journalisten und Journalistinnen und des Komitees für Pressefreiheit in Israel (Alisa Fuss)

Mein Hauptinteresse an diesem Dialog ist jener Dialog, der im Land Palästina, in der Westbank und im Gaza-Streifen geführt wird, ein Dialog, in dem die Palästinenser ihre Forderungen aktiv spürbar, sichtbar und hörbar machen. Das ist wohl auch der Grund, warum wir heute dieses Symposium veranstalten.

Zunächst möchte ich drei Dinge klarstellen, von denen immer wieder abgelenkt wird, um den wirklichen Fragen auszuweichen:

1. Für uns, die wir unter Besatzung leben, ist es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, gegen die Besatzung und Unterdrückung zu kämpfen. In der heutigen Welt kann keine Nation mit Selbstachtung Respekt und Anerkennung von der Weltgemeinschaft erwarten, wenn sie nicht aktiv nach der eigenen nationalen Integrität und Freiheit strebt.
2. Es muß klar sein, daß eine „Verbesserung der Lebensqualität“ der Palästinenser illusionär und unrealistisch ist. Sie steht im direkten Widerspruch zu den Bestrebungen der Palästinenser insgesamt und derer, die den Aufstand führen.
3. Unter der Besatzung ist die einzige Lebensqualität die Qualität des Widerstands gegen die Besatzung, die Ablehnung all ihrer Erscheinungsformen und der durch sie geschaffenen unnatürlichen Realität eines Systems der Unterjochung, Ausbeutung und Ungleichheit, wie es von Besatzern gegenüber Besetzten praktiziert wird.

Die Besatzer müssen mit der „Verbesserung der Lebensqualität“ argumentieren, um die Besatzung zu beschönigen. Im öffentlichen Gebrauch dieses Begriffs finden sich widersprüchliche Formulierungen wie „milde Besatzung“ oder „demokratische Besatzung“. Aber so etwas gibt es nicht.

Die wirtschaftliche Verbesserung der Lebensqualität ist ein Mittel, um die Situation der Besatzung zu verstetigen. Sie dient der Beschönigung der Besatzung. Das ökonomische Argument leidet unter moralischer wie politischer Blindheit, es muß als subversiv betrachtet werden.

Auch die Idee der Autonomie ist ein Beschwichtigungsversuch. Im folgenden will ich zeigen, daß die Palästinenser trotz der Besatzung bereits ihre eigenen Schritte zur Autonomie unternommen haben, durch die Volkserhebung und als Resultat einer Willensbildung, die darauf abzielt, Alternativen und einheimische Strukturen zu entwickeln, die jene ersetzen sollen, die durch die Besatzung vorgegeben sind. Deshalb sind Autonomiepläne, ob in Camp David oder der Shultzplan, nur ein weiterer Vorwand, um die Besatzung zu legitimieren.

Der vierte Beschwichtigungsversuch ist die sogenannte Jordan-Option. Die Grundvoraussetzung der Volkserhebung, das historische Bestreben von Palästinensern in aller Welt war stets die Anerkennung, daß die Palästinenser eine Nation darstellen. Sie sind weder Anhängsel eines anderen Staates, noch sind sie gewillt, eine künstliche Adoption durch einen etablierten Staat zu akzeptieren. Wenn die verschiedenen Formen von Verbindungen zu Jordanien als Voraussetzung für einen palästinensischen Staat dargestellt werden, so ist das Heuchelei. Es ist kindisch anzunehmen, daß aufgrund solch voraussichtlicher Absichten ein Staat entstehen kann.

Was also ist die Volkserhebung, und was sind ihre allgemeinen Charakteristika, Ziele und Vorwürfe?

Allgemein gesprochen ist die Volkserhebung ein Vorgang von Ablehnung und gleichzeitig von Bejahung. Er ist eine unzweideutige Ablehnung der israelischen Besatzung mit all ihren Verwicklungen, Normen und Realitäten; und zugleich ist er eine Bejahung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volks auf Freiheit, Selbstbestimmung und Staatlichkeit.

Die Volkserhebung ist das Resultat eines Reifungsprozesses der Palästinenser in den besetzten Gebieten. In ihr kulminiert ein stufenweiser Prozeß von Organisation und Widerstand, die nun die Form spontanen Ausdrucks erreicht hat. Spontan nicht in dem Sinn, daß sie nicht organisiert wäre oder keine Basis hätte. Sie hat eine Basis – 21 Jahre Besatzung. Und sie hat seit 21 Jahren eine Organisation – die PLO. Die Tatsache, daß eine dramatische qualitative Änderung stattgefunden hat, soll die lange Geschichte der Kampfvorbereitung und des palästinensischen Widerstands gegen die Besatzung nicht verleugnen.

Der demokratische und revolutionäre Charakter der Volkserhebung hat sich zu jedem Zeitpunkt und auf allen Ebenen der Entwicklung gezeigt. Ihre Dynamik geht von ihren Perspektiven und Zielen aus, die umfassend und tief verwurzelt sind. Sie ist an der Basis entstanden, als eine echte „Graswurzel“-Revolution, und sie hat alle Unterschiede nach Geschlecht, Religion und parteilichen Bindungen aufgehoben. Sie hat sowohl horizontal wie vertikal einen Zusammenhalt geschmiedet, der alle Klassen und Sektoren der Gesellschaft in einem aktiven Zustand klarer Ziele und Forderungen verbindet. Aufgrund ihrer Eigenschaft als Massenkampf des Volkes gelang es ihr, ein zweiseitiges Kommunikationssystem zu schaffen: das ist die Rolle des Nationalen Führungskomitees, das nicht nur die Volkserhebung führt, sondern auch die Forderungen artikuliert, die im Volk zirkulieren und von

ihm als seine eigenen anerkannt werden. Darin liegt die Effektivität der Führung: in ihrer Sensibilität und Offenheit für die Stimmungen und Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung. Sie wird als echte Untergrundführung wesentlich vom Volk, von den Massen getragen.

Die Volkserhebung ist Ausdruck des kollektiven Willens und hat eine doppelte Aufgabe: erstens eine eher sichtbare, dramatische, die Sie alle im Fernsehen verfolgen könne, als äußerer Ausdruck der Rebellion in Gestalt von Demonstrationen, Steinewerfen, Reifenverbrennen, Portestmärschen. Diese Aktionen sollen die Besatzer und die ganze Welt auf uns aufmerksam machen und ihnen zeigen, daß die Palästinenser die Besatzung ablehnen. Es sind also Aktionen der Ablehnung bzw. offener Herausforderung, äußere Manifestationen einer inneren Realität, sichtbare Zeichen dafür, daß die Rechte und das Leben des palästinensischen Volkes verletzt werden. Sie haben zwei Aspekte: zum einen zeigen sie die Dringlichkeit für uns, machen die Zerstörung sichtbar und decken den wahren Charakter der Besatzung auf; zum anderen – weniger dramatisch – vollzieht sich in ihnen die Wiederstrukturierung der palästinensischen Gesellschaft. Einerseits sollen sie den Zusammenhang von Ungleichheit, Abhängigkeit und Ausbeutung durch die israelische Besatzung zerreißen, andererseits und zugleich sind Schritt für Schritt systematisch alternative Strukturen zu schaffen, die auf Glaubwürdigkeit basieren und zu neuen Prioritäten und Lebensformen führen.

Schon früh hatten Volkskomitees die Aufgaben einer nationalen Autorität übernommen, alle Bereiche des zivilen Lebens zu organisieren und so stufenweise die Zivilverwaltung der Besatzungsmacht abzulösen. Hier einige Beispiele, wie die Volkskomitees diese Aufgaben übernommen haben:

Die Bildungskomitees etwa. Als die Schulen geschlossen wurden (von den Israelis wurden für vier Monate über tausend Schulen geschlossen), haben die Bildungskomitees in Stadtvierteln, Dörfern und Flüchtlingslagern alternative Bildungsprogramme entwickelt. Sie alle sind Selbsthilfeprogramme. Es gibt Komitees für Rechtshilfe, für medizinische Hilfe, Fürsorge- und Versorgungskomitees, Komitees für Sicherheit und Bewachungsaufgaben. Wie Sie wissen, ist das Leben unter Besatzung gefährlich, und wir sind einer doppelten Gefahr ausgesetzt: einerseits durch Verhaftungen und Beschlagnahmungen, andererseits durch Übergriffe von den Siedlern, die der beängstigendste inhumane Aspekt der Besatzung sind. Denn die Siedler können in jedes Dorf eindringen. Nach ihrem eigenen Verständnis – und so werden sie auch verstanden – stehen sie über dem Gesetz und müssen für das, was sie tun, keine Rechenschaft ablegen. Aus diesem Grund brauchen wir Sicherheits- und Bewachungskomitees. Die Polizeikräfte haben sich als Resultat einer Volksforderung zurückgezogen. Doch sie waren nie eine wirkungsvolle Abschreckung für die Siedler oder andere Angreifer, vielmehr haben sie als verlängerter Arm der Siedler gewirkt. Nun haben wir selbst die Aufgabe übernommen, unsere Dörfer zu bewachen, und eine Art Frühwarnsystem aufgebaut. Die Komitees sind demokratisch und basieren auf Freiwilligkeit. Um übergreifende Koordinationskomitees zu bilden, die ihrerseits regionale Verknüpfungen schaffen, werden Repräsentanten gewählt. Obwohl die Art ihrer Arbeit nach außen eher sozial als politisch zu sein scheint, sind die politischen Konsequenzen enorm und haben großes Gewicht.

All diese Aspekte der Volkserhebung sind Erfolge, die wir errungen haben. Ich kann nicht alle aufzählen, doch im wesentlichen haben wir die Entmythologisierung des israelisch-palästinensischen Konflikts erreicht, den Mythos vom bedrängten und belagerten Israel, des ewigen Opfers zerstört. Nun wird Israel als jemand betrachtet, der eine unbewaffnete Bevölkerung belagert und unterdrückt. Auch der Mythos von der milden oder demokratischen Besatzung hat sich als Widerspruch in sich herausgestellt, Israel hat gezeigt, daß es bösartig und undemokratisch handeln kann. Die Volkserhebung ist für uns auch eine Möglichkeit der Informationsverbreitung, so daß die Menschen später nicht mehr sagen können: „Wir haben es nicht gewußt.“ Wir haben es geschafft, daß die Menschen wissen, was passiert. Die Last des Wissens bedeutet die Last der Verantwortung, und sie muß in Handlungen münden. Die Brutalität des israelischen Militärapparats und des Siedlerapparats ist deutlich geworden. Die Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft sind stark; die Menschen reden über Polarisierung. Ich behaupte weiterhin, daß es einen Rechtsruck im Lande gibt. Faschismus ist in Israel de facto legitimiert, er ist längst kein Schimpfwort mehr. Begriffe wie Deportation sind akzeptiert und werden öffentlich ausgesprochen, und das Entsetzliche an der Situation heute ist, daß sogar diese Terminologie wieder salonfähig wird.

Die Ziele der Volkserhebung sind tief verwurzelt. Im wesentlichen geht es um Selbstbestimmung und Selbstbewußtsein, eine neue Initiative, ein Programm zur Restrukturierung der Gesellschaft und Pläne für die Zukunft. Zum Schluß will ich einige Thesen zu den Voraussetzungen der Volkserhebung und meine Schlußfolgerungen formulieren:

1. Normalisierung des Lebens unter Besatzung ist eine Verfälschung ihrer unnormalen und völlig inakzeptablen Realität. Jeder Dialog, der darauf hinausläuft, die Verhältnisse zu „normalisieren“, oder die Palästi-

nenser dazu zu bringen, sie zu akzeptieren, ist kein wirklicher Dialog, denn nur Gleichberechtigte können einen echten Dialog führen. Doch es gibt keine Gleichberechtigung. Besatzung bedeutet an sich schon die Verletzung von Menschenrechten, ist daher ein unnormaler Zustand und sollte auch so betrachtet werden.

2. Die Initiative zur Konfrontation muß von den Palästinensern ausgehen, sowohl was die Taktik als auch was den Zeitpunkt angeht. Die israelischen Behörden haben versucht, eine Willensschlacht zu führen, ihre Befehle gegen die der Vereinigten Nationalen Führung. Auf allen Ebenen haben sie einzugreifen versucht, und es hat sich gezeigt, daß sich die Vereinigte Nationale Führung überall durchgesetzt und gesiegt hat; als z.B. den Geschäftsinhabern befohlen wurde, ihre Läden den ganzen Tag zu öffnen oder ganztäglich zu schließen, erklärten diese offen, daß sie sich ausschließlich an die Weisung der Vereinigten Nationalen Führung halten und nur mit ihr zusammen entscheiden, wann sie ihre Läden öffnen und schließen.
3. Der Besatzungsmacht darf nicht erlaubt werden, ihre Politik kollektiver Bestrafungen durchzusetzen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Der Preis für die Besatzung und für die Kollektivbestrafungen wird so hoch, daß sich die Israelis ihre Politik zweimal überlegen müssen. Der Preis hat zwei Seiten: Ein Preis ist zu zahlen in bezug auf die Öffentlichkeit, was die Darstellung ihrer Taten angeht, und ein anderer besteht in der Tatsache, daß Israel den Palästinensern mit Gewalt seinen Willen aufzwingt und daß dies von der Öffentlichkeit auch so gesehen wird.
4. Die Unterstützung durch das Selbsthilfeprogramm. Es verhindert, daß die Palästinenser von den kollektiven oder individuellen Bestrafungen überrumpelt werden, da sie Alternativen und Unterstützung in ihrem eigenen Gesellschaftssystem finden. Dazu gehört auch, daß die Abhängigkeit von allen Aspekten der Besatzung und ihren Systemen beendet wird, indem stufenweise authentische eigene Systeme und Strukturen aufgebaut werden.
5. Alle existierenden Institutionen, also Wohltätigkeitsorganisationen, Universitäten und Schulen, müssen umfassend genutzt werden und in kollektiver Bemühung der Volkserhebung zur Verfügung stehen, und zugleich muß daran gearbeitet werden, durch die Graswurzel-Organisationen Einfluß zu gewinnen.
6. Ein bewaffneter Kampf unter der Besatzung kann nicht von der zivilen palästinensischen Bevölkerung geführt werden, aus verschiedenen Gründen, die ich hier nicht diskutieren kann.
7. Die Volkserhebung darf nicht zum Status quo werden, mit dem Israel bequem leben kann. Israel wandelt oder deutet unnormale Situationen systematisch in normale um, um sich selbst und seine Bevölkerung zu beruhigen, deshalb kann es bequem in einem solchen Zustand leben. Um einen solchen Status quo zu verhindern, muß die Konsolidierung der erreichten Ziele und eine qualitative Veränderung angestrebt werden, um weitere Triebkräfte zu mobilisieren.
8. Ein neuer Lebensstil der Palästinenser mit angemessenen Prioritäten muß angestrebt werden, als Motor für eine langfristige Fortsetzung des Widerstandes und des Kampfs. Das Ziel sind nicht Aktionen, die nach kurzer Zeit enden, und deshalb muß der Aufstand verschiedene Formen annehmen. Formen, die es ermöglichen, daß der Kampf weitergeht, ohne daß wir in allzu kurzer Zeit am Ende unserer Kräfte sind oder niedergeschlagen werden. Es muß Möglichkeiten geben, israelische Waren durch eigene zu ersetzen, um uns weiter ernähren zu können und uns nicht von einem Boykott in die Knie zwingen zu lassen. Es muß Kontakte zwischen den einzelnen Familien zum Zweck gegenseitiger Hilfe geben, und das wird dazu beitragen, einen großen Teil des ökonomischen Drucks abzufangen.
9. Politische Mobilisierung und Steigerung der Bewußtseinsbildung müssen mit der aktiven Beteiligung an der Organisation und Strukturierung der Gesellschaft Hand in Hand gehen. Die politische Einheit der Palästinenser ist ein sehr wichtiger Aspekt in dieser Frage, die Einheit muß erhalten und gestärkt werden. Die Einheit der Palästinenser in ihrem Land und in der Diaspora muß unterstützt werden. Die erreichte politische Einheit der Palästinenser in der Westbank und in Gaza ist ein großer Erfolg der Volkserhebung. Sicher gibt es keine vollkommene Einigkeit, aber in dem gemeinsamen Bemühen muß es Einheit geben, und ich hoffe, daß auf internationaler Ebene auch Solidarität gezeigt werden wird.

Strategien und Forderungen:

1. Die Weigerung, unsere Rechte an eine israelische Zivilregierung abzugeben, Rücktritt der von ihr ernannten Bürgermeister – Sie wissen vielleicht, daß eine große Zahl der von Israel ernannten Bürgermeister und Gemeinderäte zurückgetreten sind.

2. Zurückweisung aller Versuche, in den besetzten Gebieten eine alternative palästinensische Führung einzusetzen, und Entlarvung dieser Versuche als Desavouierung der PLO, die die legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes ist.
3. Die Umwandlung der Volkserhebung in ein System umfassender Rebellion, im Sinne des zivilen Ungehorsams gegen die Besatzung, nicht gegen die eigenen Autoritäten.
4. Wir müssen die Notstandsverordnungen genau kennen, sowohl die britischen als auch die ottomanischen, die noch heute zur Begründung und Legitimation unserer Unterdrückung herangezogen werden.
5. Desavouierung der israelischen Internierungslager und Gefängnisse. Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Beendigung des israelischen Programms der Zerstörung, der Einschüchterung und des Terrors, einschließlich dem Einsatz des Militärs gegen die Zivilbevölkerung.
6. Demaskierung der Besatzung und Forderung ihrer sofortigen Beendigung. Israel hat sich als völlig unfähig erwiesen, eine Zivilbevölkerung zu regieren, deren Menschenrechte es andauernd verletzt, unter ständigem Verstoß gegen die Genfer Konvention.
7. Wir fordern freie Wahlen unter der Schirmherrschaft einer neutralen internationalen Macht, in denen die Palästinenser in der Westbank und in Gaza ihre eigene Regierung wählen können. Wir glauben nicht, daß unter israelischer Besatzung freie Wahlen stattfinden können, denn wir wissen, daß unter der Besatzung alle freiheitlichen Systeme unterdrückt und aufgelöst werden. Deshalb brauchen wir eine neutrale internationale Kontrolle dieser Wahlen.
8. Die neutralen internationalen Beobachter (sei es der UN oder einer anderen neutralen Institution) sollen nicht nur die Wahlen überwachen, sondern als Interventionsmacht längerfristig präsent sein, um die Rechte der Palästinenser in der Westbank und in Gaza zu sichern und zu schützen und Israel daran zu hindern, durch Demolierungen, Deportationen, Siedlungen und Transfer weitere Fakten zu schaffen, die die geopolitische und demographische Realität verändern.
9. Die Palästinenser müssen in die Lage versetzt werden, ihre Rechte auszuüben – vor allem das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf politische Organisation –, es muß freie Treffen mit Palästinensern geben können, überall, und die PLO-Führer müssen freien Zugang zu den Palästinensern haben.
10. Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser. Die Palästinenser müssen die Möglichkeit haben, ihre Vertreter frei zu wählen, ohne Einschüchterungen und Beschränkungen durch Israel, und die PLO muß als legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt werden.
11. Schaffung einer gemeinsamen politischen Friedensoffensive, die eindeutig ihre politischen Strategien, Verpflichtungen und Ziele erklärt.

Zum Schluß:

Die Volkserhebung ist Mittel, nicht Zweck. Ihre Erfolge haben viele palästinensische Opfer gekostet. Wenn die Weltöffentlichkeit vor dieser Herausforderung und Chance versagt, wird sie nicht nur die Palästinenser betrügen, sondern auch ihre eigene menschliche und politische Integrität verlieren. Die Chance, einen historischen Irrtum zu korrigieren, ist wahrhaftig selten – sie zu verspielen kann keine einzige Nation sich leisten. Jeder getötete, gefangene oder deportierte Palästinenser, jedes zerstörte Haus, jeder gefälltete Baum ist einer zuviel.

SUHA MANI

Worüber ich sprechen will, hat möglicherweise nichts mit dem Thema Dialog zu tun, aber es ist ein wichtiger Aspekt im nationalen Kampf der Palästinenser, soweit er sich in der Frauenbewegung repräsentiert. Eine besondere Rolle spielt hier das *United Women's Work Committee* in den besetzten Gebieten.

Unser Volk leidet unter vielfältiger Unterdrückung und Verfolgung. Dies ist ein Resultat der israelischen Besatzung und einer kolonialistischen Politik, die darauf abzielt, die nationalen Interessen und die Identität unseres Volkes in allen gesellschaftlichen Schichten zu zerstören. Eine Form der Unterdrückung ist die Art und Weise, wie die kolonialistische Politik sich gegen unsere nationale Volkswirtschaft richtet. Sie versucht, unsere Volkswirtschaft mit der israelischen zu verflechten, zum Schaden unserer Volkswirtschaft. Das Resultat ist eine Verschärfung der Inflation und eine Verschlechterung in allen Bereichen unseres ökonomischen und sozialen Lebens.

Die Probleme, unter denen die palästinensischen Frauen in den besetzten Gebieten leiden, sind durch die Besatzungsmacht in jeder Hinsicht verstärkt worden. Natürlich sind viele Probleme auch auf die rückständigen traditionellen Sitten und Gebräuche zurückzuführen, die die Freiheit der palästinensischen Frauen einschränken. Doch die ökonomischen Bedingungen haben sich unter der Besatzung verschlechtert, und viele Frauen sind gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um die Inflation und die Verschlechterung der Lebensbedingungen auszugleichen. So ist eine wachsende Zahl von Frauen intensiver Ausbeutung und Diskriminierung ausgesetzt. Infolge des Zustroms von Frauen auf den Arbeitsmarkt und wegen des allgemeinen Mangels an Arbeitsplätzen sind viele Frauen im Dienstleistungsbereich beschäftigt, d.h. in der Hausarbeit, vor allem in ländlichen Gebieten, wo die Frauen bei Familien arbeiten.

Die Besatzungspolitik hat das Recht der Frauen auf Bildung, auf Erweiterung ihrer Erfahrungen, auf Gleichberechtigung und auf sozialen Aufstieg zusätzlich eingeschränkt. Sie hat die negativen Seiten der gesellschaftlichen Situation der Frauen verstärkt und noch mehr Hindernisse auf dem Weg zu ihrer Befreiung und zur gesellschaftlichen Gleichstellung mit den Männern geschaffen. Durch die Besatzung ist es für viele Frauen noch weniger möglich, Bildung zu erlangen, zu arbeiten und ihre Rechte in Anspruch zu nehmen, oder die Fähigkeit zu entwickeln, ihre Probleme zu erkennen, ihren Interessen zu folgen und ihre Talente auszubilden – Resultat des Analphabetismus und fehlender Bildungsangebote.

Unter diesen Umständen war die Bildung einer von den Massen getragenen Organisation, einer Vereinigung, die die Frauen zusammenbringt, ein bedeutsamer Schritt. So kann die Frauenbewegung besser vorankommen und auf breiterer Ebene agieren als bisher. Das *United Women's Work Committee* wurde 1978 gegründet, als erste von vier Frauenorganisationen, die ein neues Modell von Frauenaktivitäten schaffen wollten. Frühere Organisationen beschränkten sich auf karitative und soziale Tätigkeiten. Vieles, was sie taten, war sehr nützlich. Sie waren weitgehend nationalistisch, jedoch zumeist darauf bedacht, nicht gegen die bestehenden Klassen- und Geschlechterverhältnisse anzukämpfen. Von diesen Organisationen unterscheidet sich das *United Women's Work Committee* (UWWC) deutlich. Es ist so strukturiert, daß die demokratische Repräsentation von Frauen aus allen gesellschaftlichen Bereichen sichergestellt ist.

Das UWWC arbeitet auf zwei verschiedenen, jedoch gleich wichtigen Ebenen: Die erste umfaßt Aktivitäten zur Verbesserung des sozialen, kulturellen und ökonomischen Status der Frauen. Hier soll z.B. erreicht werden, daß Frauen aus der passiven Rolle heraustreten und mehr und mehr eine aktive, produktive Haltung entwickeln. Die zweite Ebene umfaßt den Kampf um Selbstbestimmung und um das Recht auf einen unabhängigen Staat, die Beteiligung an der nationalen Bewegung also. Zur Erreichung dieser Ziele wollen wir zunächst die Mitgliederzahl in allen Regionen erhöhen, in Dörfern, Flüchtlingslagern und Städten. Angesprochen werden Arbeiterinnen, Studentinnen und Hausfrauen in den örtlichen Gruppen.

Die Programme, die wir entworfen haben, nehmen Rücksicht auf die örtlich verschiedenen Bedürfnisse der Frauen. Dem Unterricht wird höchste Priorität eingeräumt. Unterrichtsklassen wurden eingerichtet und die Frauen ermutigt, an Bildungsprogrammen und Kursen teilzunehmen. Kindertagesstätten wurden organisiert, um die Frauen für andere Tätigkeiten freizumachen. Es gibt Näh-, Stickerei- und Kinderbetreuungskurse. Zudem arbeitet das UWWC daran, ein Gesundheitsbewußtsein zu wecken und so für die Gesundheit von Müttern und deren Familien zu sorgen. Die Frauen in diesen Gruppen werden ermutigt, dem UWWC als Mitglieder beizutreten.

Zusätzlich zu diesen Programmen wurden auf kooperativer Basis Produktionsstätten geschaffen, Projekte für Stickerei-, Näh- und Webarbeiten etwa. Diese Projekte sind wichtig für die Wiederbelebung und Erhaltung unserer nationalen Kultur. Weitere Projekte sind geplant und im Aufbau. Eine, die seit drei Jahren erfolgreich ar-

beitet, ist die Bisquit-Produktions-Kooperative in Khan Younis/Gaza. Diese Kooperative wurde 1986 mit Hilfe des UWWC Abbassan gegründet, zunächst auf niedrigem Niveau, mit der notwendigsten Ausrüstung. Heute, in ihrem dritten Jahr, sind in der Kooperative zehn Frauen beschäftigt und mit einem Einkommen versorgt, die Ausgaben sind gedeckt, und was das wichtigste ist: die Produkte können mit israelischen konkurrieren, sind sogar billiger, aus einheimischen Rohstoffen hergestellt und entsprechen zudem dem hiesigen Geschmack. Andere Ziele, die über die beiden schon genannten Hauptziele hinausgehen, sind: Die Frauenbewegung durch Ideenaustausch und Diskussion, auch mithilfe arabischer und englischer Zeitschriften, zu vereinen. Auf demokratischer Basis eine beständige Führung zu schaffen. Diese Führung hat den Weg für Frauen gebahnt, die eine wichtige Rolle im Aufstand spielen: Die Frauen sind zu einer zentralen Kraft im Kampf gegen die Besatzung geworden, und zwar nicht nur durch die explizit politischen Aktivitäten engagierter Frauen, sondern auch durch ihre traditionelle Rolle als Mütter, die sie dazu nutzten, die ganze Familie zum Kampf und zur Beteiligung am Aufstand zu ermutigen. Palästinensische Frauen waren überall auf den Straßen zu sehen, und zwar während des Aufstands in weit größerer Zahl als bei früheren Demonstrationen.

Das UWWC hat zusammen mit anderen Organisationen für die Lebensmittelversorgung der Gebiete, über die eine langanhaltende Ausgangssperre verhängt war, gesammelt und gearbeitet. Das war zum Teil sehr beschwerlich: So wurden etwa Lebensmittel in Körben, die auf dem Kopf getragen wurden, dorthin geschmuggelt. UWWC-Frauen haben Lebensmittelpakete für die Familien von Gefangenen und Streikenden gepackt. Das Bewußtsein der UWWC-Frauen, ihre Bereitschaft, von morgens bis nachts zu arbeiten, ist bemerkenswert. Freiwillige aus dem Gesundheitswesen gaben in Flüchtlingslagern und Dörfern Erste-Hilfe-Kurse. Viele UWWC-Mitglieder arbeiteten als Freiwillige im Magasad-Krankenhaus in Jerusalem, sie übernahmen Arbeiten, zu denen die Belegschaft wegen der zunehmenden Patientenzahlen nicht mehr kam. Sie sorgten bspw. für hygienische Sauberkeit in den Krankensälen. Sie machten Krankenhaus- und Gefängnisbesuche, wenn die Familien wegen der Ausgangssperren nicht kommen konnten. Sie besorgten Anwälte für die Inhaftierten. Unsere Kindergärten sind inzwischen länger, manchmal auch sieben Tage in der Woche geöffnet, um die UWWC-Frauen zu entlasten. Als eine der größten Frauenorganisationen rufen wir zu Demonstrationen, Sit-ins und Pressekonferenzen auf. Das UWWC erarbeitet auch Studien, um Produktionsstätten für die Lebensmittelversorgung aufzubauen. Wir orientieren uns dabei an folgenden Schwerpunkten:

1. Die Projekte sollen in Dörfern lokalisiert sein;
2. sie sollen Arbeit für Arbeitslose schaffen;
3. es sollen natürliche Produkte hergestellt und eine lokale Wirtschaft entwickelt werden, so daß israelische Waren boykottiert werden können;
4. sie sollen als Kooperativen mit einfachen Bedingungen organisiert sein, etwa Heim-Industrien, die ca. zehn Frauen beschäftigen können.

Diese Produktions-Kooperativen stellen eine organisierte Infrastruktur des Aufstands dar, sie sind eine strukturelle Veränderung in der Organisationsform der palästinensischen Gesellschaft und spielen eine wichtige Rolle bei der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Spendenaufwurf zur Unterstützung des Union of Woman's Work Committee... (Alisa Fuss)

RAYNA MOSS

Wenn wir hier auf das Podium blicken, sehen wir auf allen drei Seiten der Teilnehmer eine Anzahl von Frauen, was ungewöhnlich ist bei dieser Art von Diskussionsveranstaltungen. Ich bin nicht in der Lage, das aus deutscher Sicht zu beurteilen, aber was die palästinensischen und israelischen Frauen angeht, ist diese bedeutsamere Rolle der Frauen sicher ein Fortschritt. Und dies gleichermaßen im nationalen Freiheitskampf des palästinensischen Volkes wie im israelischen Friedenslager, innerhalb der israelischen Friedenskräfte.

Hinsichtlich der Zusammenarbeit im Dialog zwischen palästinensischen und israelischen Frauen möchte ich zunächst einige Punkte aus der Geschichte der israelischen Frauenbewegung ansprechen, um zu zeigen, wie einzigartig, vielleicht sogar revolutionär unsere jetzige Zusammenarbeit ist.

Bei einer Untersuchung, die ich über die israelische Frauenbewegung der 20er, 30er und 40er Jahre gemacht habe, war ich überrascht festzustellen, daß ihre Forderungen überaus radikal waren, und zwar zu einer Zeit, als die internationale Frauenbewegung noch nicht entwickelt war. Es gab z.B. Flugblätter und Broschüren mit Aufrufen für die Legalisierung der Abtreibung für alle Frauen – zu dieser Zeit eine revolutionäre Forderung –, für Kindertagesstätten an den Arbeitsplätzen, für die Öffnung aller Arbeitsbereiche für Frauen. Die damaligen Forderungen sind wohl für die Frauen vieler Länder heute noch aktuell.

Einerseits stellte diese Bewegung als radikale feministische Forderungen, andererseits hatte sie keinerlei Verbindungen zu der arabischen Frauenbewegungen oder einzelne arabische Mitglieder. Es war eine ausschließlich jüdische Bewegung innerhalb der jüdischen Minderheit, die bis 1948 in Palästina existierte. Nach 1948 begann langsam eine Zusammenarbeit, mit gemeinsamen Aktivitäten zwischen israelischen und palästinensischen Frauen (und ich spreche von Treffen zwischen Partnerinnen, nicht Feindinnen), auf einer politischen Basis, die schon länger bestand. Namentlich will ich hier die *Vereinigung Demokratischer Frauen* in Israel hervorheben, die daranging, ihre Aktivitäten mit einer Schwester-Organisation in den seit 1967 besetzten Gebieten abzustimmen, und zwar auf einer Ebene politischen Einverständnisses, das längst bestand und bekannt war.

Vor diesem Hintergrund betrachtet, haben die Verbindungen, die Anfang der 80er Jahre zwischen der Frauenbewegung in Israel und in den besetzten Gebieten entstanden, einen einzigartigen Charakter. Sie basierten nicht auf bereits existenten politischen Übereinkünften oder irgendwelchen politischen Programmen, auch nicht auf persönlichen Kontakten oder Sympathien. Sie entstanden, weil Frauengruppen in Israel klar geworden war, daß jedes Problem, das sich ihnen stellt, mit der politischen Situation dieses Landes zusammenhängt. Sie begriffen, daß die Aktivitäten der Frauenbewegung in den besetzten Gebieten uns nicht fremd sein sollten oder erstaunlich. Diese Aktivitäten sind natürlich, und unsere Rolle muß darin bestehen, zu ihnen zu stehen. Die Probleme, die sie angehen, wurzeln tief in der palästinensischen Gesellschaft, zugleich sind es aber auch dieselben Probleme, die wir angehen müssen.

Für die palästinensischen Frauen war es nicht verwunderlich, daß sie das Problem der Besatzung, der nationalen Befreiung und der Rolle der Frauen im nationalen Befreiungskampf angingen. Das waren Probleme, die ihnen förmlich ins Gesicht sprangen, die unumgänglich waren. Für die israelischen Frauen indessen waren dies Fragen, die sie bis Anfang der 80er Jahren umgehen konnten. Ich selbst habe 1983 zum ersten Mal an direkten Kontakten teilgenommen. Es war ein Treffen zwischen der Gruppe, die damals *Women against occupation* (Frauen gegen die Besatzung) hieß, aus Israel und dem UWWC (Vereinigtes Frauen-Arbeits-Komitee) aus den besetzten Gebieten. Der Anlaß für dieses Treffen war der Streik palästinensischer Frauen in einem israelischen Gefängnis mit dem Ziel, als politische Häftlinge anerkannt zu werden. Es wäre sicherlich falsch zu behaupten, es hätte keine Schwierigkeiten gegeben, wir hätten sofort eine gemeinsame Sprache und Wege zu Kommunikation und Zusammenarbeit gefunden. Mit Recht jedoch kann man sagen, daß die Zusammenarbeit und der sich daraus entwickelnde Dialog zwischen israelischen und palästinensischen Frauen einzigartig sind.

Manche Organisationen hielten eine Zusammenarbeit, unabhängig von ihrer grundsätzlichen Bereitschaft, mit uns zusammenzutreffen, für sinnlos: Wir seien nur eine kleine Minderheit in Israel, die keine Veränderungen herbeiführen könne, die keinen Einfluß auf die israelische Politik habe und deshalb auch die Politik, durch die sie unterdrückt wurden, nicht verändern könne. Ich stimme mit diesen Frauen, die sagen, daß wir keine wichtige Kraft in Israel sind, überein und ich bedauere dies. Doch würde ich sagen, daß unabhängig von allen Veränderungen, die sich in Israel vollziehen mögen oder auch nicht, die Verbindungen zwischen den israelischen und den palästinensischen Frauen nicht kurzlebig sind, sie werden nicht einfach verschwinden.

Sie sind die Basis für ein Zusammenleben, die sonst niemand schaffen wird. Als wir bei früheren Treffen miteinander sprachen, beschworen wir eine Vision. Wir stellten uns vor, wie eine internationale Friedenskonferenz aussehen könnte, dachten über Bedingungen nach, die die PLO oder die Sowjetunion oder die anderen Betei-

lichten akzeptieren würden und auf deren Basis verhandelt werden könnte. Das Bild, das wir vor Augen hatten, war ein großer runder Tisch, an dem in großem Aufgebot über die große Politik diskutiert würde. Im Verlauf dieser Diskussion würde vielleicht eine Übereinkunft erzielt, ein Dokument unterzeichnet und damit die Voraussetzung dafür geschaffen, daß beide Völker Seite an Seite in zwei Staaten nebeneinander leben. Doch eine solche Konferenz wird nicht dafür garantieren können, daß die Menschen auch in Frieden und gegenseitigem Einvernehmen leben. Deshalb glaube ich, daß das, was wir jetzt aufbauen, mehr ist als eine Brücke. Vielmehr wird so die Basis für eine Zukunft in Frieden geschaffen. Denn sowohl die Israelis als auch die Palästinenser verstehen sich als Opfer des jeweils anderen. Sie fürchten sich voreinander.

Bei den Treffen mit palästinensischen Frauen empfanden – und empfinden – wir große Bewunderung für das, was palästinensische Frauen zu erreichen vermochten. Gemessen an der Zahl der organisierten Frauen, an den höchst schwierigen Bedingungen, unter denen die Projekte arbeiten, und an der Selbstsicherheit dieser Frauen, sehe ich keine einzige Organisation in der israelischen Frauenbewegung – die noch dazu über einen viel längeren Zeitraum hinweg arbeitet –, die in ihrer Arbeit, in ihrem Kampf auch nur annähernd Vergleichbares geleistet hätte. Ich bin gefragt worden, ob es in der Zusammenarbeit mit Palästinenserinnen Unterschiede zwischen Städterinnen und Dorfbewohnerinnen gibt, zwischen den Gebildeten, bzw. unseren Partnerinnen in der Zusammenarbeit, und den Frauen aus den Flüchtlingslagern etwa. Das ist wirklich eine interessante Frage!

Frauen, die in unerträglichen Lebensbedingungen, in völliger Armut leben müssen, treffen in 99% der Fälle nur mit israelischen Frauen in Uniform zusammen, Israelinnen, die in der Armee dienen, die mit Gewehren und überdies mit Macht ausgerüstet sind. Bei unseren Treffen, zumindest in Gaza, saßen viele dieser Palästinenserinnen zum ersten Mal in *einem* Raum mit israelischen Frauen, Frauen, die nun als Delegation kamen, in Solidarität mit ihnen, Palästinenserinnen, die zum Teil unter Anklage standen oder anderer Verfolgung durch die Besatzung ausgesetzt waren. Sie fanden es merkwürdig, daß israelische Frauen sich organisierten, und sahen darin auch keinen Sinn. Im Vergleich zu ihnen konnten die israelischen Frauen keine Probleme haben, denn sie lebten ja nicht unter Besatzung.

Für die israelischen Frauen war ein Treffen mit palästinensischen Frauen in den Flüchtlingslagern, wo sie Zeuginnen der Lage und des täglichen Überlebenskampfes dieser Frauen wurden, aufschluß- und einflußreicher als jede Konferenz und jedes Treffen sonst. Der tägliche Kampf dieser Palästinenserinnen und die immense Kraft, die sie unter der Besatzung in die Organisation des Familienlebens stecken müssen, erweckt den größten Respekt für diese Frauen. Sicher ist die Zahl der israelischen Frauen klein, die bereit sind, in die Flüchtlingslager zu gehen, doch jede von denen, die dort waren, hat dann als Zeugin gewirkt und über das Gesehene gesprochen. Das war für diese Frauen – Frauen, die zuvor völlig in ihrer eigenen Gesellschaft verhaftet waren – etwas Revolutionäres. Selbst wenn diese Treffen nur dazu geführt haben, daß einige Dutzend israelischer Frauen anders über eine gemeinsame Zukunft nachdenken und ihre Möglichkeiten überprüfen, sich innerhalb Israels dafür einzusetzen, betrachte ich die Treffen als einen Erfolg. Ich glaube, wir können von den palästinensischen Frauen immer noch viel lernen, was den Aufbau unserer Bewegung, die Sicht auf die Probleme, die Einschätzung unserer Kräfte und allgemein die Kraft der Frauen angeht, ihre Fähigkeit, zusammenzuarbeiten, Probleme zu lösen und sich selbst zu helfen.

Wie ich schon sagte, unsere Zusammenarbeit in ihrer ganzen Breite, auch das Ziel, den Dialog nicht nur in Gestalt von Diskussionen, sondern auch von Aktionen zu führen, ist, glaube ich, einzigartig in der Geschichte. Da sich die Situation inzwischen verschlimmert hat, wird und muß sich die Rolle der Frauenorganisationen und der Friedenskräfte überhaupt verändern. Ich persönlich glaube, wir spielen immer weniger unsere frühere Rolle; unsere Aufgabe ist es vielmehr, die Israelis vor den Risiken der Besatzung zu warnen – vor der Gefahr zunehmender Faschisierung, vor negativen Veränderungen unserer Gesellschaft – und von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Besatzung zu beenden. Wir müssen mehr und mehr eine Stimme der Palästinenser sein und deren Sehnsüchten in der israelischen Gesellschaft Gehör verschaffen. Wir dürfen unsere Bewegung nicht nur als eine Parallele zum palästinensischen Kampf verstehen, sondern als dessen Ergänzung und Verstärkung. Der einzige Weg dazu ist die Zusammenarbeit. Das ist meine persönliche Meinung, aber ich glaube, dies wird geschehen, und ich bin überzeugt, daß die gemeinsame Arbeit von Frauen beiderseits der grünen Linie eine Grundlage geschaffen hat für eine gemeinsame Zukunft. Mit anderen Worten: Es müssen gemeinsame Anstrengungen gegen das Fortbestehen der Besatzung unternommen werden. Jeder Dialog, der nicht diesem Ziel dient, schwächt den palästinensischen Kampf und trägt dazu bei, den Konflikt zu verlängern und die Schaffung eines gerechten und echten Friedens in der Region zu verhindern.

LEA TSEMED

Sofort nachdem der israelische Oberste Gerichtshof verkündet hatte, daß die Deportation von Palästinensern legal sei, beriefen einige Rechtsanwälte, die von Deportation bedrohte Palästinenser vertraten, eine Pressekonferenz ein. Zu Beginn dieser Pressekonferenz, die vor drei Monaten in Jerusalem stattfand, mußten wir die Situation mithilfe eines quasi rassistischen Witzes verdeutlichen. Hier der Witz:

Ein Journalist besucht ein afrikanisches Land und fragt den Präsidenten dieses Landes: „Gibt es hier noch Kannibalismus?“ Der Präsident antwortet: „Oh, nein!“ Der Journalist fragt: „Wie können Sie sich dessen so sicher sein?“ Der Präsident sagt: „Was meinen Sie damit, ob ich mir sicher bin? Ich weiß es. Wir haben die letzten gegessen.“

Wir übertrugen diesen Witz auf das, was Shamir eine Woche zuvor gesagt hatte, daß er nämlich nach wahrhaften palästinensischen Führern suche und sie nicht finden könne. Unsere Antwort darauf: „Natürlich können Sie sie nicht finden, Herr Shamir, das müssen Sie doch wissen! Sie deportieren sie doch.“

Ich glaube, jeder in diesem Saal lehnt Deportationen moralisch ab, das steht hier also nicht zur Debatte. Hier geht es um den Dialog, und da besteht ein Zusammenhang mit den Deportationen. Viele von ihnen wurden nur deshalb deportiert, weil sie Zugang fanden zu den Herzen der Juden. Wenn man jeden einzelnen Deportationskandidaten betrachtet, ist das ein deutliches und wichtiges Merkmal, das ihnen allen gemeinsam ist. Sie hatten es erreicht, sei es durch persönlichen Charme oder durch Kontakte, von Juden akzeptiert zu werden, obwohl sie nach wie vor eigene politische Vorstellungen hatten, die oft mit denen der PLO übereinstimmten. Mit anderen Worten, sie alle wurden von den Israelis als Menschen betrachtet, und deshalb sollten sie deportiert werden. Hier wird deutlich, daß die Palästinenser die unmittelbaren Opfer eines Dialogs sind, gerade eines erfolgreichen Dialogs.

Es gibt eine andere Form des Dialogs, der die israelischen Machthaber nur bis zu einem gewissen Grad beunruhigt. Das ist der Dialog oder der Aufschrei der israelischen Liberalen oder linken Zionisten. Er ist wichtig, ich will seine Bedeutung nicht herunterspielen. Ein Beispiel war die Demonstration von über 400.000 Menschen in Tel Aviv als Reaktion auf die Massaker in Sabra und Shatila. Daneben gib es noch andere Demonstrationen wie die der „Frauen in Schwarz“. Aber wie ich bereits sagte, diese Aktionen beunruhigen die israelischen Machthaber nur bis zu einem gewissen Grad, weil diese Art des Dialogs, auch unser heutiger hier, von ihnen dazu genutzt werden kann, ihre Toleranz zu demonstrieren. Nach dem Motto: „Wir können uns das leisten; wo sind die 400.000 Demonstranten in Damaskus?“ etc.pp. Ich bin durchaus erfreut über die Dinge, die in der israelischen Gesellschaft geschehen. Aber meine Freude ist doch sehr begrenzt.

Das Problem ist – und dieses Problem taucht jetzt auch auf der Tagesordnung auf – , daß die Israelis deshalb den Dialog suchen, weil sie die Notwendigkeit erkennen, mit dem „Feind“ zu sprechen. Sie müßten dazu kommen zu sagen: Wir wollen den Dialog, weil wir als Partner in einem gemeinsamen Kampf stehen. Sie sollten sich selbst und die Palästinenser als Menschen betrachten, die mit den gleichen Problemen behaftet sind, und nicht glauben, die haben ihre Probleme, wir die unsrigen. Die Israelis müssen erkennen, daß es darum geht, gemeinsam mit den Palästinensern den Kampf zu führen, nicht ein Gespräch mit dem „Feind“.

Wir haben den bereits erwähnten Fall *Derech Hanitzotz*. Israelische Journalisten sind verhaftet worden und warten auf ihren Prozeß. Der Fall begann als ein Kampf um die Meinungsfreiheit. Die Zeitung wurde geschlossen, Journalisten verhaftet. Diese Journalisten stehen jetzt aufgrund des bisher unbewiesenen Verdachts der Mitgliedschaft in der *Demokratischen Front* unter Anklage. Nehmen wir an, dies sei tatsächlich der Fall. Nehmen wir an, es sei möglich, daß Israelis Mitglied der *Demokratischen Front* werden, wenn sie einen gemeinsamen Kampf wollen, und die Notwendigkeit erkannt wurden, nicht nach Nationalität zu unterscheiden. Die Frage ist, wie wir darauf reagieren. Diese Frage wird als nächste auf die Tagesordnung rücken, auf die Tagesordnung des Dialogs, wenn man es so nennen will. Es wird eine wichtige Frage vor allem für die Liberalen sein, die angetreten sind, um die freie Meinungsäußerung zu verteidigen, und die jetzt, fürchte ich, nicht auf die Straße gehen werden, um für das Recht der israelischen Juden einzutreten, das zu tun, was laut Gesetz einen Angriff bedeutet: Mitglied in einer, wie es in Israel heißt, „illegalen Organisation“ zu sein. Nach 21 Jahren Besatzung, nach 21 Jahren., in denen die PLO in Israel als illegal galt, sollte man die Frage stellen, nicht ob solches Tun legal oder illegal ist, sondern ob es legitim oder illegitim ist.

Auf diese Frage würde ich von den liberalen Zionisten gern eine Antwort hören! Ich befürchte, daß viele von ihnen widerwillig reagieren und keinen Kontakt zu dieser Gruppe von Journalisten werden haben wollen, trotz der Tatsache, daß das einzige, was ihnen vorgeworfen wird, die Publikation einer legalen, informativen Zeitung

ist. Nicht mehr als dies! Ich glaube, diese Debatte wird in Israel nicht eröffnet werden. Es geht um eine grundsätzliche moralische Frage, und ich wüßte gern, wie die moralische Antwort darauf lauten würde.

Es ist eine Tatsache, daß einige Juden verhaftet wurden. Jedoch sind wesentlich mehr Palästinenser verhaftet worden. Als der palästinensische Anwalt Mohammed Abu Shaban an die Universität von Tel Aviv ging, um einen Dialog mit Palästinensern aus Gaza zu führen, und dort über seinen Wunsch nach Frieden sprach, wurde er auf dem Rückweg in Administrativhaft genommen. Damit teilt er das Schicksal von 2.500 Palästinensern, die sich heute in Administrativhaft befinden.

Was bedeutet Administrativhaft? Etwas Abscheuliches! Sie ermöglicht es irgendeinem Militärkommandeur, allein durch seine Unterschrift einen Palästinenser für mindestens sechs Monate zu inhaftieren, ohne Untersuchung, ohne Vernehmung, ohne Prozeß, ohne Anklage und ohne die Möglichkeit, einen Anwalt zu sehen. Der Verhaftete weiß schon gar nicht, was in den Geheimdienstakten über ihn geschrieben steht.

Bildlich gesprochen sieht die israelische Politik so aus: Wann immer sich auf der Milch Rahm absetzt, wird er abgeschöpft und – weggeworfen. Ich meine damit die Deportationen; zu jeder Zeit, Jahr für Jahr, sind Palästinenser deportiert worden. Heute, fürchte ich, macht man sich daran, die ganze Milch auszuschütten. In Ansar III, das ein Konzentrationslager ist und das man auch so nennen muß, befindet sich die Führung des palästinensischen Volks. Jeder, der nach israelischer Einschätzung Einfluß auf seine palästinensische Umgebung ausübt, sei es als Lehrer, Rechtsanwalt, Arzt, Gewerkschaftler oder Journalist – sie alle befinden sich in diesem Lager, das ca. 85 km südlich von Beer Sheva mitten in der Wüste im Negev liegt und aus Zelten besteht. Während dieser Vorbeugehaftzeit, die zumeist nach sechs Monaten weiter verlängert wird, werden ihnen jegliche Rechte verweigert. Es war einmal Ben Gurions Traum, den Negev zu besiedeln. Jetzt tun die Palästinenser das, was bei den Israelis „die Drecksarbeit machen“ heißt. Sie können mir glauben, ich bin jede Woche in diesem Lager! Die Palästinenser bevölkern die Wüste! Das Lager wird ständig vergrößert, neue Zelte werden aufgeschlagen für mehr und mehr Gefangene. Täglich etwa hundert Gefangene werden dorthin verschleppt.

Ich möchte, daß Sie sich diesen Namen, Ansar III, merken! Ich bin mir sicher, daß an diesem Ort, den die Sonne verbrennt, Dinge geschehen, von denen wir hören und die wir sehen werden! Ich kann schlecht schätzen, wie viele Gefangene sich momentan in dem Lager befinden. Jeden Abend, wenn ich das Lager verlasse, stehen drei Busse mit neuen Gefangenen davor. Ich schätze, vor drei Tagen waren es 2.500 Menschen. Wie viele es heute sind, weiß ich nicht.

Den Gefangenen werden Familienbesuche verweigert. Nicht etwa, daß die Israelis ihnen Böses antun wollen, oder vielmehr der israelische Staat. Hier in der Botschaft würde man Ihnen erklären, daß jede Familie natürlich das Recht hat, ihren Angehörigen im Lager zu besuchen. Aber wenn sie einen Besuch machen wollen – und das würde man Ihnen hier in der Botschaft nicht erklären –, dann muß die Familie zur Zivilverwaltung gehen. Dort muß sie beweisen, daß sie Einkommensteuer und alle anderen Steuern bezahlt, und zusätzlich 100 Schekel bezahlen. Dann erst wird die Besuchserlaubnis erteilt. Diese Auflage gilt auch für Rechtsanwälte aus den besetzten Gebieten, nicht für die israelischen, denn wir besitzen immer noch Privilegien. Die Anwälte aus den besetzten Gebieten können nicht ohne weiteres nach Ansar III fahren, denn das Lager liegt in einer Militärzone. Sie brauchen eine Genehmigung von der Verwaltung.

Wir müssen – und dies ist der richtige Ort dafür – von Rassismus sprechen und diese Politik rassistisch nennen. Auch von Diskriminierung müssen wir sprechen. Hier haben schon einige von der zunehmenden Faschisierung im Denken vieler Israelis gesprochen. Das ist so, ich stimme dem zu.

Ich will im weiteren über die legalisierte, organisierte Form von Diskriminierung sprechen. Damit meine ich folgendes: Sie müssen wissen, daß es im Moment eindeutig und offensichtlich zwei Rechtssysteme gibt, eines für die Juden und eines für die Palästinenser. Das ist nicht einmal mehr ein Geheimnis. Es ist nicht so, daß man die Nase tief in die Bücher stecken muß, um zwischen den Zeilen zu lesen. Es ist offene Politik, öffentlich erklärt und eindeutig. Am besten ist das in den besetzten Gebieten zu erkennen. Die Siedler stellen es gerne so dar, daß dort Juden und Palästinenser gleichberechtigt und in guter Nachbarschaft zusammenleben. In der Westbank gibt es 72.000 Siedler, die inmitten der von den Palästinensern bewohnten Gebiete Siedlungen errichtet haben, mit massiver Unterstützung durch die Armee, die Jewish Agency etc. Es ist eindeutig so, daß jeder Jude – und ich sage bewußt Jude, nicht Israeli –, der in die besetzten Gebiete zieht, nicht allein mit der Pistole in der Tasche bewaffnet ist, sondern auch mit dem Gesetz, das ihn verteidigt. Für ihn macht es rechtlich keinen Unterschied, wenn er die grüne Linie überschreitet und in die besetzten Gebiete geht. Das israelische Recht gilt für jeden Juden, der nach dem Rückkehr-Gesetz ja israelischer Staatsbürger werden könnte, wenn er es wollte. Ein amerikanischer Tourist etwa, der zufällig Jude ist, als Siedler in die besetzten Gebiete geht und dort einen Anschlag verübt, hat das Privileg, nach israelischem Recht angeklagt zu werden. Nehmen wir einen

Vergleich: Ein Siedler wirft bspw. in Hebron aus politischen Gründen einen Stein auf Soldaten. Die Polizei wird ihn – wenn überhaupt, aber gehen wir einmal davon aus – verhaften, verhören und auf Kautions vorläufig wieder freilassen. Zwei, drei Monate später wird er in Jerusalem oder Netanya oder sonstwo in Israel vor Gericht geladen. Ein Palästinenser, der zur gleichen Zeit am selben Ort die gleiche Tat verübt hat, wird verhaftet, vom Geheimdienst verhört, und für mindestens 18 Wochen ins Gefängnis geworfen – ohne Rechtsvertretung und ohne das Recht, seine Familie zu sehen. Später wird er zu einem Militärgericht in den besetzten Gebieten geschafft, ein Gericht, dessen Ankläger wie auch der Richter Armeeangehörige sind. Er wird nicht auf Kautions vorläufig freigelassen, denn diese Möglichkeit besteht für Palästinenser nicht. Er wird zu mindestens drei bis vier Monaten Gefängnis verurteilt, plus einer riesigen Geldstrafe. Die Israelis glauben, die Palästinenser seien am besten durch hohe Geldstrafen zu knebeln. Diese Idee rührt noch aus der britischen Mandatszeit her, als die Briten dachten, sie könnten so die jüdischen Widerstandskämpfer kleinkriegeln... Dieser offene Rassismus vollzieht sich Tag für Tag. Siedler, die Palästinenser erschießen, werden, wenn überhaupt unter Anklage gestellt, verhört und, wenn verhört, manchmal verurteilt, und wenn verurteilt, dann wegen Totschlag, niemals wegen Mord. Ich versuche immer wieder durchzusetzen, daß meine Mandanten auf Kautions freigelassen werden, vergeblich. Dabei ist die Tat ganz unerheblich, ob sie nun an einer Demonstration teilgenommen oder Steine geworfen haben, und egal wie jung sie sind. Der Siedler aber, an dessen Händen noch das Blut eines Palästinensers klebt, wird vorläufig freigelassen. Das passiert jeden Tag – noch vorgestern vor einem Jerusalemer Gericht.

Zu Beginn der Besatzung, glaube ich, hatten die Palästinenser noch eine Art von Achtung, zwar mit Haß und Angst gemischt, doch sie hegten ein Gefühl der Achtung gegenüber den Israelis. Die haben einen Staat, und wir haben keinen; die haben eine Demokratie. Es hat zwanzig Jahre gedauert, bis sie begriffen, daß von der Torte Demokratie, wenn es sie denn gibt, vielleicht die israelischen Palästinenser ein paar kleine Stücke abbekommen, die noch übrig sind, daß aber die Palästinenser in den besetzten Gebieten auf keinen Fall etwas von dieser Torte abbekommen. Ich glaube, sie sind zu der Erkenntnis gekommen, daß die israelische Gerechtigkeit, wenn es sie gab und gibt, nicht für sie bestimmt ist, und daß sie deshalb ihre eigene Gerechtigkeit haben müssen. Was mich heute am meisten erschreckt, ist der Rassismus. Ich frage meine Freunde – und wer mein Freund ist, muß schon sehr progressiv sein –, ob sie heute ein palästinensisches Kind bei sich verstecken würden, wenn es nötig ist. „Ein hohes Risiko bedeutet das nicht. Du würdest dafür nicht umgebracht. Würdest du einen palästinensischen Journalisten verstecken, dem die Verhaftung droht?“ Keiner stand auf und sagte: „Ja sicher!“ Im Gegenteil, jeder dachte über die Frage nach, wenn auch mit schlechtem Gewissen, weil er nicht in der Lage war, einfach ja zu sagen.

Diese Frage rückt auf die Tagesordnung, wir stellen sie hier und dort. Im Falle von Transfers oder Deportationen: Würde es einen israelischen Soldaten geben, der einen Soldaten mit dem Gewehr daran hindern würde, Palästinenser auf Lastwagen zu laden? Das ist eine relevante Frage, meine lieben Freunde! Die Medien stürzen sich so sehr auf die „Seele“ der Israelis. Was aber bedeutet die Volkserhebung für den Seelenzustand der Israelis? Journalisten sehen, wie ein palästinensisches Kind fast zu Tode geprügelt wird, und gehen mit dem Mikrofon in der Hand zum nächsten Soldaten und fragen ihn: „Was bewirkt dieses Geschehen für dich?“ Ich befürchte, daß es die israelische „Seele“ nur wenig berührt. Das habe ich während der Volkserhebung zum ersten Mal begriffen. Ein israelischer Soldat, der heute in den besetzten Gebieten Dienst tut, fühlt sich schon als Held, wenn er sich nicht an dem Festival des Schlagens von Kindern beteiligt. Wenn vor seinen Augen Kameraden Kinder verprügeln, dann fühlt er, daß es gut ist, nicht mitzutun. Ich habe auch des öfteren von Soldaten gehört, die sich in Busse flüchteten, um die schrecklichen Szenen nicht mit ansehen zu müssen. Aber ich habe nicht ein einziges Mal davon gehört, daß ein Soldat trotz der Konsequenzen, die das für ihn haben könnte, das schreckliche Geschehen durch sein Eingreifen verhindern wollte. Mit Eingreifen meine ich nicht, daß sie hingehen und sagen: „He, das ist nicht schön, was ihr da tut!“, sondern es aktiv und physisch zu verhindern.

Die Rede ist von Soldaten, die mit ihrer Anklage erst nach Ableistung ihres Reservedienstes in den besetzten Gebieten auftreten und nun sagen, es gehe ihnen schlecht wegen all dem, was da passiert ist. Die Rede ist von der Situation in Israel, im einzigen Land der westlichen Welt, das die Folter legalisiert hat! Es gab ein Untersuchungskomitee mit der Aufgabe, den Geheimdienst, seine Vernehmungsmethoden und seine Art, mit Gerichtsverfahren umzugehen, zu untersuchen. Dieses Komitee kam zu dem Schluß, daß gegen Palästinenser Folter und Mißhandlungen als Vernehmungsmethoden eingesetzt werden. Es kam auch zu dem Schluß, daß der Geheimdienst die Gerichte bewußt belogen und betrogen hat, als er leugnete, Folter anzuwenden. Und dann erklärte dasselbe Komitee, daß 1. ein Sicherheitsbeamter die Gerichte belügen dürfe, und daß 2. „gemäßigter physischer Druck“ während der Vernehmungen unumgänglich sei! Inzwischen gibt es eine Liste, was an körper-

lichen Angriffen während der Vernehmungen erlaubt ist. Ich habe diese Liste nie zu Gesicht bekommen, aber nach dem, was meine Mandanten bei mir klagen, kann ich mir lebhaft vorstellen, was sie beinhalten! Das ist die Situation heute, und ich wünschte, ich könnte Uri Avnerys Optimismus teilen. Ich bin von Natur aus ein optimistischer Mensch. Aber momentan ruht meine einzige Hoffnung auf der palästinensischen Volkserhebung.

**Die palästinensischen Gefangenen im Lager des langsamen Todes Ansar III/Negev
Appell an alle Menschen mit Gewissen**

Wir rufen Sie auf, uns aus dem Lager des langsamen Todes, Ansar III in der Negev-Wüste, zu retten.

Wir, Tausende von palästinensischen Gefangenen in Ansar III, wurden ohne juristische Formalitäten irgendwelcher Art inhaftiert (Administrativhaft). Man hat uns nicht einmal über die Gründe, die zu unserer Verhaftung führten, informiert. Wir werden unter den inhumanen Bedingungen der Wüste festgehalten, wo die Temperatur am Tage 45 Grad erreicht und nachts auf null Grad absinkt, in einem Gebiet voll von Skorpionen, Insekten und Ratten.

Diese schweren Bedingungen sind nichts, verglichen mit der Grausamkeit und willkürlichen Brutalität der israelischen Soldaten. Ein physischer und seelischer Krieg wird gegen uns geführt durch: Aushungerung, Durst, Erniedrigung sowie physische und psychische Folter. Das Verhalten der Soldaten verletzt alle internationalen Konventionen, in denen die Behandlung von Verhafteten geregelt ist, und zeigt, daß sie die grundlegenden moralischen und menschlichen Wertvorstellungen ignorieren.

Wir werden gezwungen, unsere Zelte zwischen fünf Uhr morgens und Mitternacht offen zu lassen. Dadurch werden wir der brennenden Sonne und den Sandstürmen ausgesetzt. Zwei- bis dreimal täglich zwingt man uns, draußen in der brennenden Sonne bis zu einer halben Stunde unter den Maschinengewehren unserer Bewacher zu sitzen. Keine Rücksicht wird auf Alte und Kranke genommen.

Das Wasser ist knapp und wird für mehrere Stunden am Tag gesperrt. Wenn Wasser da ist, reicht es kaum zum Trinken und Waschen. Duschen ist in dieser erstickenden Hitze zweimal im Monat erlaubt. Wir haben nur eine Wäschegarnitur zum Wechseln. Es ist uns verboten, Kleider und andere notwendige Sachen von unseren Familien zu bekommen. Wir haben keine Möglichkeit oder Mittel, unsere Kleider zu waschen.

Unser Gesundheitszustand verschlechtert sich ständig, und wir leiden an Krankheiten und sich zunehmend verschlechternder körperlicher Verfassung. Ärztliche Betreuung ist praktisch nicht vorhanden. Hinzu kommt, daß wir total isoliert sind. Unsere Familien dürfen uns nicht besuchen, wir dürfen keine Briefe verschicken oder empfangen. Radios, Zeitungen, Zeitschriften, Bücher, Schreibpapier und Stifte sind verboten.

Wir sind Strafmaßnahmen ausgesetzt, die zum Ziel haben, uns geistig zu zermürben und unsere menschliche Identität zu zerstören. Nicht einmal die Rechte, die in dem Gesetz der Administrativhaft garantiert sind, werden uns gewährt.

Wir appellieren an Sie, sich mit uns zu solidarisieren und sich für die Beendigung dieser organisierten Gewaltanwendung und Erniedrigung, die unseren langsamen Tod bewirken, einzusetzen.

Der Friede und die Gerechtigkeit, nach denen sich die Menschen im Heiligen Land sehnen, werden an diesem teuflischen Ort erwürgt.

Wir bitten Sie dringend, humanitäre Gruppen zu organisieren, die dieses mörderische Haftzentrum besuchen und für seine Schließung eintreten.

Wir rufen Sie auf, sich auf die Seite der Menschlichkeit zu stellen!

Möge die Welt unsere Stimme hören!

Die palästinensischen Gefangenen im Lager des langsamen Todes, Ansar III, Negev.

Dieser Appell, auf Toilettenpapier geschrieben, wurde im Mai 1988 aus Ansar III herausgeschmuggelt. Die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft veröffentlicht dieses Schreiben und bittet Politiker und Bürger der Bundesrepublik, sich für die politischen Gefangenen von Ansar III einzusetzen. Kontakt: Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V., Postfach 100148, 5060 Bergisch-Gladbach

Spendenauf Ruf (Alisa Fuss)

In Ost-Jerusalem wurde auf Initiative Lea Tsemels und anderer ein Koordinationsbüro eingerichtet. Dieses Büro dient dazu festzustellen, wie viele Palästinenser sich in Administrativhaft befinden. Zur Zeit sind es mehr als 3.000 Menschen, die in verschiedenen Gefängnissen inhaftiert sind.

Das Büro erfüllt die Aufgabe, Namen und Aufenthaltsort des Gefangenen zu ermitteln, sich mit der Administration auseinanderzusetzen und dafür zu sorgen, daß der Inhaftierte von einem Rechtsanwalt besucht wird. Darüber hinaus wird Kontakt zur Familie des Gefangenen hergestellt.

Die Arbeit des Büros ist immens wichtig angesichts der steigenden Zahl der Gefangenen und angesichts der Rechtslage, die Lea Tsemel beschrieben hat. Um die Arbeit des Büros fortzusetzen, bedarf es dringend weiterer Geldspenden!!!

NATAN ZACH

Ich hätte nicht einwilligen sollen, nach Lea Tsemel zu sprechen. Was kann ich jetzt noch sagen?

Lea Tsemel sollte nicht unterschätzen, was von den wenigen Leuten getan wird, die sich engagieren. Es mag sein, daß sie den Konflikt nicht lösen, aber was Lea Tsemel in Israel tut und was Yael Lotan tut, die sich vielleicht im Gefängnis wiederfindet, und was Uri Avnery durch seine Zeitung und in der Knesset über dreißig Jahre lang getan hat, das sind nicht zu leugnende Dinge. Es sind Dinge, die Anerkennung verdienen, besonders von Menschen wie mir, die wenig politisch sind. Aber ich kann beurteilen, welchen Preis sie zu zahlen haben für das, was sie tun.

Auch kein Palästinenser sollte sie abwerten. Durch das Engagement dieser Leute gibt es eine kleine Minderheit, die sich dafür einsetzen wird, daß ein Transfer hunderttausender Palästinenser aus den besetzten Gebieten nicht vollzogen wird. Die einzigen, die einen solchen Transfer zu verhindern versuchen, sind Leute, wie sie hier auf dem Podium sitzen. Sie stellen in Israel ein Gegengewicht dar. Den Transfer wird nicht die Intifada verhindern – ich würde meinen Freunden raten, sich nicht selbst zu täuschen, die Auswirkungen der Intifada dürfen nicht überschätzt werden. Wenn morgen Sharon mit großer Mehrheit gewählt wird, kann die Intifada ihn nicht davon abhalten, vier- bis fünfhunderttausend Palästinenser zu transferieren, um ein anderes demographisches Verhältnis von Juden und Arabern zu erreichen. Ich denke auch an die vielen Soldaten, die wegen ihrer Weigerung, in den besetzten Gebieten zu dienen und Leute zu schlagen, inhaftiert worden sind. Ihre Zahl ist beträchtlich gestiegen. Bis heute sind es 350. Einige wurden inzwischen wieder freigelassen. Einer unter ihnen ist letzte Woche nach dreißigtägiger Haft entlassen worden, ihm wurde befohlen, wieder in den besetzten Gebieten zu dienen. Er verweigerte erneute und ist wieder in Haft.

Wir müssen die Dinge im richtigen Verhältnis sehen, auch was die Perspektiven angeht.

Ich bin zum zweiten Mal in Berlin. Das letzte Mal war ich vor fünfzig Jahren hier. Damals mußte ich mit meinen Eltern das Land verlassen. Ich dachte immer, wenn ich einmal zurückkehre, dann als Tourist und nicht als Referent zum Thema des israelisch-palästinensischen Dialogs. Das setzt mich in Verlegenheit.

Ich bin eigentlich ein „unpolitisches Tier“. Herr Budeiri hat mich vorhin gefragt: „Was tun wir eigentlich hier?“

Ich wußte im Moment keine Antwort, erst später fiel mir ein: Was ich hier tue, hat irgendetwas zu tun mit Herrn Budeiris Anwesenheit hier. Und seine Anwesenheit hat wahrscheinlich etwas mit meinem Hiersein zu tun. Also sind wir irgendwie aneinander gebunden, ob wir es wollen oder nicht.

Ein großer arabischer Dichter, ein Syrer, einer der größten, Nisach Kabani, hat einmal geschrieben: „Wären da nicht die verfluchten – Pardon! – Palästinenser, wäre ich heute noch der Dichter der Brüste.“ Was bedeutet, er hat vorher nur Liebesgedichte geschrieben. Er ist ein politischer Dichter geworden durch die Probleme um Palästina. Auch ich – als unpolitische Kreatur, die ich bin – habe in den letzten Jahren immer weniger lyrische Gedichte verfaßt und immer mehr Zeit mit anderen Angelegenheiten verbracht, die alle politisch sind und alle mit dem Konflikt zu tun haben.

Ich möchte mich hier mit zwei Literaturen beschäftigen, die einander nicht kennen, und danach werde ich zwei Dinge vorlesen. – Es geht um die israelische Literatur, die hebräisch geschrieben, und die palästinensische, die arabisch geschrieben ist. Eine neuere Entwicklung ist das Aufkommen einer palästinensischen Dichtung auf Hebräisch – von israelischen Arabern verfaßt. Der vielleicht bekannteste Autor unter ihnen ist Anton Schamas, dessen Novelle „Arabesques“ im Original hebräisch geschrieben wurde. Sie beschreibt seine Kindheit in dem arabischen Dorf Fasata, und sie wurde sowohl in Israel als auch im Ausland gut aufgenommen. Ein Mann wie Emile Habibi, Herausgeber der *Itihad* in Haifa, einer der letzten Prosadichter in der arabischen Welt, erzählte mir diese Woche, er habe kürzlich ein autobiographisches Stück auf Hebräisch geschrieben. Er hatte zuvor noch kein einziges Wort auf Hebräisch geschrieben. Er ist ein Mann, der praktisch nichts von der hebräischen Literatur weiß, ich bin nicht einmal sicher, ob er je einen einzigen Roman auf Hebräisch gelesen hat, zumindest nicht mehr als die ersten zehn Seiten. Das Phänomen ist interessant.

Man kann sagen, daß die hebräische und die arabische Literatur erst angesichts der politischen Situation, in einem akuten Krisen- und Konfliktzustand zwischen den beiden Nationen aufeinander gestoßen sind. Sonst hätten sie es ohne weiteres fertiggebracht, sich weiterhin gegenseitig zu ignorieren. Die arabische Literatur, die in Israel erschienen ist, hat ihren israelischen Gegenpol nur oberflächlich beeinflusst, und umgekehrt. Es ist eine Tatsache, daß die beiden Literaturen kaum von einander Notiz genommen haben. Bis zum Friedensvertrag mit Ägypten gab es kaum ein arabisches Werk, das ins Hebräische übersetzt wurde, und umgekehrt. Diese Situation ist paradox und einzigartig. Darin spiegelt sich die Größe des Mißtrauens, die Tiefe der Kluft.

Die hebräische Literatur knüpft an europäische Modelle an, doch sie hat sich inmitten des enormen Drucks der Kollektivierung eine persönliche, individuelle Stimme bewahrt, ohne Pathos und Rhetorik. Die arabische Literatur wiederum, besonders die in Israel geschriebene, hat an den klassischen arabischen Formen festgehalten, sie repräsentiert das öffentliche Bewußtsein einer Nation in Not.

All dies hat sich verändert und verändert sich noch. Mit den wiederholten Siegen der Israelis auf den Schlachtfeldern hat sich das Interesse an der Kultur verstärkt, vor allem an der Literatur der Sieger. Ein ähnliches Phänomen hat es wohl in Deutschland gegeben. Ich vermute, daß so auch das große Interesse für die amerikanische Literatur – die Literatur der Sieger – in Deutschland entstanden ist. Vielleicht stammt auch das Interesse für die Literatur der Verlierer aus derselben Quelle.

Im Augenblick habe ich an der Universität Haifa mehr arabische als orientalistisch-jüdische Studenten. Das ist eine Tragödie und eine der großen Gefahren für unsere Gesellschaft. Die Gefahr liegt darin, daß die orientalischen jüdischen Jugendlichen nicht den Mut haben, eine Universität zu besuchen, daß sie nicht versuchen, eine höhere Bildung zu erlangen, und das bedeutet, daß sie auf einer Bildungsstufe gefangen bleiben, die sie beeinflusbar macht durch die rechten, faschistischen Parteien, die zur Zeit das Land beherrschen. Das ist sehr wichtig. Viele streben nicht nach besserer Bildung.

Zur Zeit wird der Versuch unternommen, die israelischen Universitäten kaputtzumachen. Besonders betroffen sind Institute, von denen die Militärindustrie nicht profitieren kann (wie etwa vom Technion). Man versucht, die Universitäten und die Intelligenz zu ersticken. Man braucht die Intelligenz nicht, die in der Regel nicht den Likud und nicht Rabbi Kahane wählt, der seinen Rabbittitel übrigens in Vietnam bekommen hat, wo er, vermute ich, für den CIA gearbeitet hat.

In den letzten Jahren sind arabische Studenten in die Universitäten geströmt, um vor allem Vergleichende Literaturwissenschaft, aber auch Hebräische Literatur zu studieren. Das Interesse war immer auf die Intelligenz beschränkt, aber es war beachtlich. Andererseits haben in den letzten Jahren israelisch-hebräische Verlage begonnen, einige – nicht genug – Übersetzungen von arabischen Werken zu publizieren. So begann nolens volens ein Dialog zwischen den beiden Literaturen. Das Paradoxon ist natürlich, daß ein solcher Dialog meist in Zeiten der Krise, des Konflikts und des Kriegs zustandekommt. Unruhen und Intifada – zu solchen Zeiten kommt es zum Dialog. Ich spüre das in der Literatur sehr stark, daß plötzlich das Phänomen gegenseitigen Interesses auftaucht.

Ich könnte hier fortfahren und die Flut von Protestliteratur während des Libanonkrieges anführen. Dutzende von Schriftstellern und Lyrikern äußerten ihren Protest, Leute, die nie zuvor ein Protestgedicht oder ein Proteststück geschrieben haben. Ich möchte ihre Rolle während des Libanonkrieges nicht überbewerten. Auch der Unterschied zwischen dem Libanonkrieg und der Intifada ist mir bewußt: Der Libanonkrieg fand in einem anderen Land statt, die Umstände waren anders, er kostete riesige Geldsummen und große Verluste. Die Intifada ist eine ganz andere Angelegenheit.

Wir sollten uns aber auch klar machen, daß die israelischen Schriftsteller eine bedeutsame Rolle in der öffentlichen Meinungsbildung spielen. Die meisten von ihnen gehören dem linken Lager an. Die Umstände des Libanonkrieges, das gebe ich zu, führten zwangsläufig zu dieser Opposition. Heute publizieren Schriftsteller ihre Ansichten auch in Zeitungen und Radioprogrammen, wie etwa David Grossmann sein Buch „Der gelbe Wind“, das von den besetzten Gebieten handelt. Ich spreche von Protest-, nicht von politischer Literatur, denn der größte Teil ist im engeren Sinn dieses Worts nicht politisch. Leider sind Ereignisse wie die von Sabra und Shatila nötig, um sie zu alarmieren, aus ihrer alltäglichen Gefälligkeit zu rütteln. Doch einige wenige politische Autoren gibt es.

Die Entwicklung der letzten Zeit, daß die hebräische und die arabische Literatur sich zunehmend gegenseitig wahrnehmen, ist, glaube ich, vor allem der Vermittlung der arabischen Schriftsteller in Israel zu danken. Ich will den Dialog an sich nicht überbewerten, doch der Dialog an sich führt manchmal auch hin zu den Dingen, die hinter dem Dialog stehen. In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Initiative hinweisen, die sich „Komitee israelischer und palästinensischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker gegen die Besatzung, für Frieden und Freiheit“ nennt. Unsere Initiative für das friedliche Nebeneinander zweier souveräner Staaten besteht in der Formulierung eines symbolischen Friedensvertrages. Dieses Dokument wurde von den bekanntesten palästinensischen wie israelischen Schriftstellern, Künstlern und Intellektuellen erarbeitet. Es entstand nach vier Monaten Zusammenarbeit. Wir werden damit nach Jerusalem gehen und es vor den Medien der ganzen Welt unterzeichnen.

Natürlich können wir durch diese oder andere Initiativen keinen Frieden erreichen, der Friede muß durch die Politiker geschlossen werden. Aber durch diesen symbolischen Akt wollen wir zeigen: Wenn wir, Juden und Ara-

ber, eine vernünftige Übereinkunft treffen können, dann muß dies auch für die Politiker möglich sein. Ob sie es tun, bleibt eine große Frage. Aber wir müssen unser Bestes tun, und das ist unter den gegenwärtigen Bedingungen mehr als nur eine abstrakte Fortsetzung des Dialogs. Ich versichere Ihnen, unsere Aktion wird in Israel einen Schock auslösen. Vielleicht aber können wir einigen die Angst nehmen, vielleicht können wir den Menschen zeigen, daß wir uns treffen können, daß wir diskutieren, daß wir streiten können; vor allem jedoch, daß wir eine Grundlage finden können, der beide zustimmen können, die keine Seite benachteiligt. Und vielleicht lernen wir, das Existenzrecht beider Staaten anzuerkennen.

Zum Schluß möchte ich ein Gedicht vorlesen. Es besteht eigentlich aus dreien und ist vor ein bis zwei Jahren in „Litfass“ erschienen.

1. Ich schrieb Glückwünsche zur Hochzeit meines Freundes. Mein Mädchen schaute mir über die Schulter und sagte: „Gott sei Dank, du schreibst wieder lyrische Gedichte!“ Nach der Hochzeit traf ich meinen Freund, und er sagte mir: „Nicht einmal meine Lieblingsspeise kann sie kochen!“ Auch dies nahm ich in das Gedicht auf. Mein Mädchen las es und sagte: „Du versteifst dich darauf, über so alltägliche Dinge zu schreiben. Das tust du nur, um mich zu ärgern.“ Dann gingen wir, meinen verwundeten Freund Daniel zu besuchen. Wir mußten uns sehr anstrengen, ihn nicht spüren zu lassen, wie schwer es uns fiel, ihm in die Augen zu schauen. Es war, als stünde noch Brandgeruch und der nach versengtem Fleisch im Zimmer. Und das eine Auge, das ihm blieb, schien nicht mehr an seinem Platz zu sein. Als wir nach Hause kamen, sagte mein Mädchen: „Jetzt wirst du sicherlich wieder ein politisches Gedicht schreiben.“ Ich sagte: „Nein, es ist immer noch dasselbe Lied.“ Sie fragte: „Wovon handelt es?“ Ich: „Von der Zeit, die aus den Fugen ist. Und daß wir damit zu leben gelernt haben. Das ist schlimm. Auch davon, daß das Leben schwer ist, wie immer, und daß dies der Lauf der Welt ist. Doch es ist verboten, das zu sagen, um die Verwirrung und die Feigheit nicht zu vergrößern.“ Sie fragte: „Und das ist ein Gedicht?“ Ich: „Nein, es ist wirklich nicht sehr geglückt. Du hast recht. Ich habe beschlossen, es wegzuworfen. Nur noch dies hier werde ich veröffentlichen, damit sie wissen, was es enthielt.“
2. Das zweite Lied kam im Traum zu mir, und ich sagte zu ihm: „Willkommen, du bist ja so schön. Es ist schon sehr lange her, daß du zu mir gekommen bist, du schönes Lied.“ Doch als ich erwachte, konnte ich mich an nichts erinnern. Das machte mich noch unruhiger, aber vielleicht ist das der Preis, den wir fürs Aufwachen bezahlen müssen.
3. Das dritte Lied wird gesungen; es wird auf einem Prachtschiff gespielt, einem Luxusdampfer, der hellbeleuchtet aus dem Hafen von Haifa ausfährt. Von dort, wo ich stehe, hört man nichts. Fahre, fahre wohl, mein Schiffchen, meine Jugendfreundin, damit ich daran denke, daß die Dinge nicht hier beginnen und sicher nicht hier zu Ende gehen.

Komitee israelischer und palästinensischer Schriftsteller, Künstler und Akademiker gegen die Okkupation und für Frieden und die Freiheit künstlerischen Schaffens

Folgender symbolischer Friedensvertrag wurde heute, am Montag, dem 13. Juni 1988, um 10 Uhr in Israel geschlossen:

Ein Friedensvertrag zwischen Israel und Palästina

Wir, die unterzeichnenden jüdischen und arabischen Schriftsteller, Künstler und Akademiker im Staat Israel und Palästinsenser in den besetzten Gebieten, nehmen hiermit den folgenden Friedensvertrag zwischen dem Staat Israel und dem Staat Palästina an und machen ihn uns zu eigen; seine Prinzipien sind die folgenden:

1. Auf dem gesamten von Israel seit dem 6-Tage-Krieg im Juni 1967 in der Westbank und dem Gaza-Streifen besetzten Gebiet soll ein souveräner und unabhängiger palästinensischer Staat geschaffen werden.
2. Der souveräne palästinensische Staat erkennt das Recht des Staates Israel an, in Frieden und Sicherheit innerhalb der Grenzen zu existieren, die vor dem 5. Juni 1967 geherrscht haben. Gleichzeitig erkennt der Staat Israel das Recht des palästinensischen Staates Palästina an, in Frieden und Sicherheit in den eigenen Grenzen zu existieren.
3. Beide souveräne Staaten, Israel und Palästina, werden wechselseitig einen Friedensvertrag und einen Nicht-Angriffspakt unterzeichnen. Angemessene internationale Sicherheitsgarantien sind notwendig, um die Souveränität und den Frieden beider Staaten in ihren anerkannten Grenzen zu gewährleisten.
4. Ein entmilitarisiertes Jerusalem mit offenen Grenzen, in dem Bewohner beider Staaten Seite an Seite friedlich miteinander leben, ist die Hauptstadt des Staates Israel wie auch die Hauptstadt des souveränen palästi-

nensischen Staates Palästina.

5. Im Rahmen des Friedensvertrages wird eine gerechte Lösung für das Flüchtlingsproblem gefunden werden.

6. Alle Schritte, Vorgänge und Verfahren, die zur Gründung des palästinensischen Staates Palästina führen, werden unter internationaler Überwachung erfolgen.

Wir rufen hiermit die Regierung auf, sofort in Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation einzutreten – mit dem Ziel, den oben ausgeführten Friedensvertrag im Rahmen einer internationalen Konferenz oder in jedem anderen Rahmen zu verwirklichen, der für die beiden beteiligten Parteien akzeptabel ist.

Alle beteiligten Parteien verpflichten sich zur Einstellung aller Gewaltakte gegeneinander unmittelbar mit dem Beginn der Friedensverhandlungen.

Unterzeichnet in alphabetischer Reihenfolge von:

Dr. Samir Abdalla (Dozent an der El-Najakh-Universität/Chava Alberstein (Sängerin)/Habil Annani (Maler)/ Shimon Bais (Schriftsteller)/Tulli Bauman (Maler)/Mohammed Bakry (Schauspieler)/Ory Bernstein (Dichter)/ Gedalya Besser (Schauspieler und Regisseur)/Yaakov Besser (Lyriker und Redakteur)/Siham Daud (Lyrikerin)/ Karim Dabach (Maler)/Asad El-Asad (Lyriker und Vorsitzender des palästinensischen Schriftstellerverbands in der Westbank und dem Gaza-Streifen)/Dr. Waafi El-Kafrie (Dozent an der Bir-Zeit-Universität)/Adnan El-Kashfie (Schriftsteller)/ Samikh El-Kassem (Lyriker und Vorsitzender des arabischen Schriftstellerverbands in Israel)/ Gamil El-Salkhut (Schriftsteller)/Yair Garbuz (Künstler)/Emile Habibi (Schriftsteller und Redakteur)/Dani Horvitz (Dramatiker)/ Dr. Thamer Issawi (Dozent an der Bir Zeit Universität)/Ibrahim Joohar (Schriftsteller)/Dr. Nissim Kalderon (Dozent an der Universität Tel Aviv)/Yoram Kaniuk (Schriftsteller)/Dan Kedar (Maler)/Amos Keynan (Schriftsteller)/Gershon Knispel (Künstler)/Yael Lotan (Schriftstellerin und Redakteurin)/Suleiman Mansoor (Maler und Vorsitzender des Verbands palästinensischer Maler in der Westbank und im Gaza-Streifen)/ Salman Nattoor (Schriftsteller)/Mohamed Chamza-R'anayem (Lyriker)/Jamal Salsa (Lyriker)/Yehoshua Sobol (Dramatiker)/Yossef Shiloakh (Schauspieler und Regisseur)/Ilan Toran (Schauspieler und Regisseur)/Yoshka Wallerstein (Maler)/Natan Zach (Lyriker)

Demonstration für Internierte

Israelische und palästinensische Schriftsteller forderten vor dem Internierungslager Ansar III Freiheit für die Administrativ-Häftlinge/Schwere Auseinandersetzungen in Jerusalem

Tel Aviv (taz/ap) – Mehr als 50 israelische und palästinensische Schriftsteller demonstrierten gestern vor dem Wüsten-Internierungslager Ansar III in der Negev-Wüste unweit der ägyptischen Grenze. In diesem Lager leben tausende palästinensische Gefangene aus den besetzten Gebieten, die im Laufe der siebenmonatigen Intifada von israelischen Besatzungstruppen verhaftet wurden. Die Mehrheit wird in der berüchtigten „Administrativhaft“ gehalten und entbehrt damit jeglicher rechtlicher Mittel. Die Demonstranten forderten die sofortige Entlassung der Administrativhäftlinge, zu denen viele Akademiker, mindestens 15 palästinensische Schriftsteller und mehr als zwei Dutzend Journalisten gehören. Die israelischen Sicherheitskräfte verboten den Veranstaltern des Protests, näher als zwei Kilometer an das Lager heranzukommen. Auf einer Kundgebung sagte der Autor Amos Kenan aus Tel Aviv: „Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist es israelischen und palästinensischen Schriftstellern nur erlaubt, sich frei und ungehindert zu treffen, wenn beide im Knast sind.“ Vertreter des Bürgerrechts-Verbands hatten zuvor das Lager besucht und von unmenschlichen Haftbedingungen berichtet.

